

AMTLICHE GESETZESSAMMLUNG

Inkrafttreten

Die dem fakultativen Referendum unterstehende Totalrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden (neuer Titel: Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden [GPR]) vom 17. Juni 2005 wurde am 23. Juni 2005 im Kantonsamtsblatt Nr. 25 / Sonderdruck auf Seite 1971 ff. im Wortlaut publiziert.

Die Referendumsfrist ist am 21. September 2005 unbenutzt abgelaufen. Die Regierung hat daher am 25. Oktober 2005 beschlossen, die Totalrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden (neuer Titel: Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden [GPR]) vom 17. Juni 2005 auf den 1. Januar 2006 in Kraft zu setzen.

Namens der Regierung

Die Präsidentin: *Eveline Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*

Chur, 27. Oktober 2005

Entrada en vigor

Il text da la revisiun totala da la lescha davart il diever dals dretgs politics en il chantun Grischun (titel nov: lescha davart il dretgs politics en il chantun Grischun [LDP]) dals 17 da zercladur 2005 – ch'è suttamessa al referendum facultativ – è vegnì publicità ils 23 da zercladur 2005 en il fegl uffizial dal chantun nr. 25 / supplement spezial sin las paginas 1971 ss.

Il termin da referendum è scadi ils 21 da settember 2005 senza esser vegnì duvrà. Perquai ha la regenza concludì ils 25 d'october 2005 da metter en vigor la revisiun totala da la lescha davart il diever dals dretgs politics en il chantun Grischun (titel nov: lescha davart il dretgs politics en il chantun Grischun [LDP]) dals 17 da zercladur 2005, e quai per il 1. da schaner 2006.

En num da la regenza

La presidenta: *Eveline Widmer-Schlumpf*

Il chancelier: *Claudio Riesen*

Cuira, ils 27 d'october 2005

Entrata in vigore

La revisione totale della legge sull'esercizio dei diritti politici nel Cantone dei Grigioni del 17 giugno 2005 (nuovo titolo: legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni [LDPC]), soggetta a referendum facoltativo, è stata pubblicata il 23 giugno 2005 a pagina 1999 e segg. del Foglio ufficiale cantonale n. 25 / Supplemento speciale.

Il termine di referendum è scaduto inutilizzato il 21 settembre 2005. Il 25 ottobre 2005 il Governo ha quindi deciso di porre in vigore la revisione totale della legge sull'esercizio dei diritti politici nel Cantone dei Grigioni del 17 giugno 2005 (nuovo titolo: legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni) con effetto al 1° gennaio 2006.

In nome del Governo

La Presidente: *Eveline Widmer-Schlumpf*

Il Cancelliere: *Claudio Riesen*

Coira, 27 ottobre 2005

Fakultatives Referendum

Ablauf der Referendumsfrist: 21. September 2005

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden

Vom 17. Juni 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,
gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der
Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005,
beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen

1. GELTUNGSBEREICH UND GEGENSTAND

Art. 1

¹ Das Gesetz regelt:

Geltungsbereich

- a) die Wahlen und Abstimmungen in kantonalen, in Bezirks- und Kreisangelegenheiten, sowie die Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände;
- b) die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in kantonalen Angelegenheiten;
- c) die Ausübung des Initiativrechts in Kreis- und Gemeindeangelegenheiten.

² Auf die eidgenössischen Abstimmungen und die Nationalratswahlen sowie die Ausübung des Referendums- und Initiativsrechts in eidgenössischen Angelegenheiten ist das Gesetz anwendbar, soweit das Bundesrecht die Ordnung des Verfahrens den Kantonen überlässt.

³ Sinngemäss Anwendung findet das Gesetz auf Abstimmungen und Wahlen in kommunalen Angelegenheiten, soweit das Gemeinderecht nichts bestimmt.

Art. 2

Begriffe

¹ Kantonale Wahlen sind die Regierungsrats- und Ständeratswahlen; Kreiswahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und der weiteren vom Volk gewählten Kreisbehörden und -angestellten.

² Bezirkswahlen sind die Wahlen der Mitglieder der Bezirksgerichte.

³ Regionale Wahlen sind die Wahlen der Präsidentinnen beziehungsweise Präsidenten der Regionalverbände.

2. STIMM- UND WAHLRECHT

Art. 3

Inhalt,
Voraussetzungen

¹ Das Stimm- und Wahlrecht umfasst das Recht, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, sich wählen zu lassen sowie Referenden und Initiativen zu unterzeichnen.

² Die Stimm- und Wahlberechtigung richtet sich nach der Kantonsverfassung. Vorbehalten bleiben die Vorschriften über die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und -schweizer gemäss Absatz 3.

³ Wer nach dem Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer befugt ist, die politischen Rechte in Bundesangelegenheiten im Kanton Graubünden auszuüben, kann dies auch in kantonalen Belangen tun. Die Voraussetzungen und das Verfahren richten sich nach dem Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer und diesem Gesetz.

Art. 4

Ausübungsort
(Politischer
Wohnsitz)

¹ Die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts erfolgt am politischen Wohnsitz. Dieser befindet sich in der Gemeinde, in welcher die stimmberechtigte Person wohnt und angemeldet ist. Fahrende stimmen in ihrer Heimatgemeinde.

² Wer statt des Heimatscheins einen anderen Ausweis (Heimatausweis, Interimsschein usw.) hinterlegt, erwirbt nur politischen Wohnsitz, wenn er nachweist, dass er am Ort, wo der Heimatschein liegt, nicht im Stimmregister eingetragen ist.

³ Die Vorschriften über die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bleiben vorbehalten.

Art. 5

Stimmregister

¹ Die Stimmberechtigten sind am politischen Wohnsitz in das von der Gemeinde zu führende Stimmregister einzutragen. Eintragungen und Streichungen sind von Amtes wegen vorzunehmen.

² Vor einer Wahl oder Abstimmung sind Eintragungen oder Streichungen bis zum fünften Vortag des Wahl- oder Abstimmungstages vorzunehmen,

wenn feststeht, dass die Voraussetzungen zur Teilnahme am Abstimmungstag erfüllt sind.

³ Das Stimmregister steht den Stimmberechtigten zur Einsicht offen.

Art. 6

Bei Urnenwahlen und -abstimmungen sowie bei geheimen Wahlen und Abstimmungen ist das Stimmgeheimnis uneingeschränkt, in den übrigen Fällen so weit als möglich zu wahren. Stimmgeheimnis

3. POLITISCHE PARTEIEN

Art. 7

Als förderungsberechtigte politische Parteien gelten alle Vereinigungen, die an Grossrats-, Regierungsrats-, Nationalrats- oder Ständeratswahlen teilnehmen. Parteienförderung

II. Wahlen und Abstimmungen

1. WAHL- UND ABSTIMMUNGSORGANISATION

Art. 8

¹ Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen, die Bezirksgerichtswahlen sowie die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Regionalverbandes werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt. Abstimmungsort, -tag und -art

² Die Wahlen und Abstimmungen in Kreisangelegenheiten werden gemeindeweise am gleichen Tag oder in der Kreisversammlung durchgeführt.

Art. 9

¹ Der Gemeindevorstand, bei Kreisversammlungen der Kreisrat, setzt ein Stimmbüro von mindestens zwei stimmberechtigten Mitgliedern ein und bezeichnet dessen Präsidentin beziehungsweise Präsidenten und dessen Aktuarin beziehungsweise Aktuar. Er kann auch selbst als Stimmbüro amten. Stimmbüro
1. Organisation

² Dem Stimmbüro ist die nötige Anzahl stimmberechtigter Personen als Stimmzählerinnen beziehungsweise Stimmzähler beizugeben.

Art. 10

¹ Jede stimmberechtigte Person ist verpflichtet, das Amt eines Mitgliedes, einer Präsidentin beziehungsweise eines Präsidenten oder einer Aktuarin beziehungsweise eines Aktuars des Stimmbüros oder einer Stimmzäh- 2. Amtszwang

lerin beziehungsweise eines Stimmzählers anzunehmen und dieses Amt auszuüben, es sei denn, dass wichtige Gründe wie Krankheit, Alter oder Ortsabwesenheit sie daran hindern.

² Wer ohne wichtigen Grund die Übernahme oder Ausübung des Amtes ablehnt, kann vom Gemeindevorstand beziehungsweise vom Kreisrat mit einer Busse von 50 bis 400 Franken bestraft werden.

Art. 11

3. Unvereinbarkeit

¹ Eine Kandidatin oder ein Kandidat darf weder Mitglied des Stimmbüros noch Stimmzählerin oder Stimmzähler sein.

² Gleiches gilt für Verwandte und Verschwägte in gerader Linie und die Ehegattin oder den Ehegatten und Geschwister einer Kandidatin oder eines Kandidaten.

Art. 12

4. Aufgaben

Das Stimmbüro überwacht insbesondere die Stimmabgabe, entscheidet über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen, leitet die Auszählung der Stimmen, ermittelt das Wahl- oder Abstimmungsergebnis und übermittelt es unverzüglich der zuständigen Stelle.

Art. 13

Öffentlichkeit

Unter Wahrung des Stimmgeheimnisses ist es zulässig, dass Stimmverhalten der Bevölkerung auszuwerten und zu veröffentlichen.

Art. 14

EDV

Der Kanton benutzt für die Erfassung und Auswertung von Wahlen und Abstimmungen ein EDV-Programm. Die Regierung kann den Gemeinden dessen Verwendung vorschreiben. Die Kosten übernimmt der Kanton.

2. ANORDNUNG DER WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

Art. 15

Anordnung, Bekanntgabe

¹ Die Wahlen und Abstimmungen werden angeordnet:

- a) durch die Regierung:
die Regierungsrats- und Ständeratswahlen inklusive Ersatzwahlen, die Bezirksgerichts- und Kreiswahlen (Grossratswahlen und Wahlen Kreispräsident/in und Stellvertreter/in) sowie die Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten;
- b) durch die Verwaltungskommission:
die Ersatzwahlen im Bezirk sowie Abstimmungen in Bezirksgerichtsangelegenheiten;
- c) durch den Kreisrat:

die übrigen Kreiswahlen und die Ersatzwahlen im Kreis sowie die Abstimmungen in Kreisangelegenheiten;

- d) durch das zuständige Verbandsorgan:
die Wahl und Ersatzwahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände.

² Die anordnende Behörde gibt den Zeitpunkt der Wahl oder Abstimmung öffentlich bekannt und erlässt die für die Durchführung erforderlichen Weisungen.

Art. 16

Die Erneuerungswahlen finden an folgenden Terminen statt:

Wahltermine
1. Erneuerungswahlen

- a) die Regierungsrats- und Kreiswahlen (Grossratswahlen und Wahlkreispräsidentin beziehungsweise Wahlkreispräsident sowie Stellvertreterin beziehungsweise Stellvertreter) für die am 1. Januar des folgenden Jahres beziehungsweise dem 1. August des laufenden Jahres beginnende Amtsdauer gleichzeitig in der Regel im Mai oder Juni;
- b) die Bezirksgerichtswahlen in der Regel in den Monaten März, April, Mai oder Juni für die am 1. Januar des folgenden Jahres beginnende Amtsdauer;
- c) die Ständeratswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen und für dieselbe Amtsdauer in der Regel am zweitletzten Sonntag im Oktober;
- d) die Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände in der Regel ein halbes Jahr vor Ablauf der Amtsdauer.

Art. 17

¹ Kommt es vor Ablauf der Amtsdauer zu einer Vakanz, ordnet die zuständige Behörde innert zwei Monaten für den Rest der Amtsdauer eine Ersatzwahl an.

2. Ersatzwahlen

² Eine Ersatzwahl für den Rest der laufenden Amtsdauer unterbleibt, wenn sie erst zwei Monate vor der Erneuerungswahl oder später fällig wird.

³ Auf Ersatzwahlen im Bezirk kann verzichtet werden.

⁴ Mehrere Ersatzwahlen können als Gesamtwahlen durchgeführt werden, wenn sie innert zwei Monaten fällig werden.

Art. 18

Ein allfälliger zweiter Wahlgang ist spätestens drei Wochen nach dem ersten Wahlgang durchzuführen.

Zweiter
Wahlgang

Art. 19

Liegen gewichtige Gründe vor, so kann die Regierung im Einzelfall Abweichungen von den vorstehenden Wahlterminen beschliessen.

Ausnahmen

3. WAHL- UND ABSTIMMUNGSUNTERLAGEN

Art. 20

Bereitstellung

Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen werden vorbereitet und den Gemeinden rechtzeitig zugestellt:

- a) von der Standeskanzlei bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen;
- b) vom Bezirksamt bei Bezirksgerichtswahlen und -abstimmungen;
- c) vom Kreisamt bei Kreiswahlen und -abstimmungen;
- d) von der zuständigen Behörde des Regionalverbandes bei Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten.

Art. 21

Umfang

Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen umfassen:

- a) bei eidgenössischen Wahlen (Nationalratswahlen) die Wahlzettel und die Bundeswahlbroschüre, bei eidgenössischen Sachabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Bundesrates;
- b) bei kantonalen Wahlen die Wahlzettel, bei kantonalen Sachabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Grossen Rates;
- c) bei den Bezirksgerichtswahlen und den Kreiswahlen die Wahlzettel, bei den Bezirks- und Kreisabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen der Verwaltungskommission beziehungsweise des Kreisrates;
- d) bei der Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände die Wahlzettel.

Art. 22

Inhalt

Die Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates enthalten einen begründeten Antrag. In der Begründung sind die Erwägungen einer erheblichen Minderheit des Rates angemessen aufzuführen. Bei Initiativen und Referenden sind die wesentlichen Auffassungen der Urheberschaft zu berücksichtigen.

Art. 23

Sprache

Die kantonalen Abstimmungsunterlagen werden in deutscher, romanischer und italienischer Sprache aufgelegt und den Gemeinden je nach ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zugestellt. Die Stimmberechtigten können gegenüber dem Gemeindevorstand erklären, in welcher Sprache sie die Abstimmungsunterlagen erhalten wollen.

Art. 24

¹ Die Gemeinden sorgen dafür, dass jeder stimmberechtigten Person die Abstimmungsunterlagen (Abstimmungsvorlagen, Erläuterungen, Stimmzettel, Stimmrechtsausweis, Unterlagen für die briefliche Stimmabgabe) frühestens vier und spätestens drei Wochen vor dem Abstimmungstag zugestellt werden. Zustellung

² Bei Wahlen sind jeder stimmberechtigten Person die Wahlzettel, der Stimmrechtsausweis und die Unterlagen für die briefliche Stimmabgabe frühestens vier Wochen und spätestens zehn Tage vor dem Abstimmungstag zuzustellen.

4. STIMMABGABE

Art. 25

¹ Die Stimmberechtigten können unter Abgabe des Stimmrechtsausweises persönlich an der Urne, vorzeitig bei einer von der Gemeinde bezeichneten Stelle oder brieflich stimmen. Briefliche Stimmabgabe ist ab Erhalt der Abstimmungsunterlagen zulässig. Formen
1. In Eidgenössischen, kantonalen, regionalen und Bezirksanlässen

² Stimmberechtigte, die wegen Invalidität oder aus einem anderen Grund dauernd unfähig sind, die für die Stimmabgabe nötigen Handlungen selbst vorzunehmen, können hiezu eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl ermächtigen.

³ Die Regierung kann die Stimmabgabe auf elektronischem Weg ganz oder teilweise ermöglichen, sofern die zur Erfassung aller Stimmen sowie zur Wahrung des Stimmgeheimnisses und zur Verhinderung von Missbräuchen erforderlichen Bedingungen erfüllt sind.

Art. 26

¹ Soweit das Kreisrecht die Urnenabstimmung vorsieht, richtet sich die Stimmabgabe nach Artikel 25. 2. In Kreisangelegenheiten

² Andernfalls erfolgt die Stimmabgabe in der Kreisversammlung oder in den Gemeinden.

Art. 27

¹ Für die Stimmabgabe müssen die amtlichen Stimm- und Wahlzettel benutzt werden. Stimm- und Wahlzettel

² Stimm- und Wahlzettel müssen persönlich und handschriftlich ausgefüllt beziehungsweise geändert werden. Artikel 25 Absatz 2 bleibt vorbehalten.

Art. 28

Urnenab-
stimmung
1. Urnen-
öffnungszeiten,
vorzeitige
Stimmabgabe

¹ Am Abstimmungs- oder Wahltag sind die Urnen mindestens eine halbe Stunde offen zu halten und spätestens um 12.00 Uhr zu schliessen.

² Ausserdem haben die Gemeinden den Stimmberechtigten mindestens an zwei der vier letzten Tage vor dem Abstimmungs- oder Wahltag die Stimmabgabe an der Urne oder bei einer Amtsstelle in verschlossenem Umschlag während den Bürostunden zu ermöglichen.

Art. 29

2. Überwachung
der Urne

¹ Bei jeder aufgestellten Urne sorgen zwei Mitglieder des Stimmbüros oder von diesen bezeichnete Personen für eine ordnungsgemässe Stimmabgabe.

² Die Urnen bleiben ausserhalb der Öffnungszeit unter Verschluss und dürfen erst unmittelbar vor Beginn der Zählarbeit geöffnet und geleert werden.

Art. 30

Stimmlokale

Das Stimmlokal darf nicht gleichzeitig für andere Zwecke verwendet werden. Ebenfalls dürfen die Zugänge zum Stimmlokal nicht durch andere Handlungen oder Anlässe behindert werden. Insbesondere ist das Sammeln von Unterschriften verboten.

**5. ERMITTLUNG DES WAHL- UND
ABSTIMMUNGSERGEBNISSES**

Art. 31

Auszählung
1. Zeitpunkt,
Mittel

¹ Mit der Auszählung der Stimmen ist unverzüglich nach Schliessung der Urnen zu beginnen. Berücksichtigt werden die Wahl- und Stimmzettel, die sich in den Urnen befinden oder bis zu diesem Zeitpunkt eingetroffen sind.

² Die vor dem Abstimmungstag eingegangenen Wahl- und Stimmzettel dürfen vom Freitag an ausgezählt werden. In Ausnahmefällen kann mit Bewilligung der Standeskanzlei mit der Auszählung bereits früher begonnen werden.

³ Der Einsatz von mechanischen oder elektronischen Geräten für die automatisierte Erfassung und Ermittlung von Wahl- und Stimmzetteln ist erlaubt, wenn diese Verfahren ebenso zuverlässig sind. Die Regierung kann deren Einsatz anordnen.

Art. 32

2. Zu ermittelnde
Werte

Zu ermitteln sind:

a) die Zahl der Stimmberechtigten;

- b) die Zahl der Stimmenden (der eingegangenen Wahl- oder Stimmzettel);
- c) die Zahl der leeren, ungültigen und gültigen Wahl- oder Stimmzettel;
- d) bei Sachabstimmungen: die Zahl der Ja-Stimmen und der Nein-Stimmen sowie das Ergebnis einer allfälligen Stichfrage;
- e) bei Wahlen: die Zahl der auf jede kandidierende Person entfallenden Stimmen.

Art. 33

Wahl- oder Stimmzettel gelten als leer, wenn sie keinen Namen beziehungsweise keine Antwort auf die zur Abstimmung unterbreitete Frage enthalten. Wenn ein Stimmzettel mehrere Fragen umfasst, gelten die unbeantworteten Fragen als leere Stimmen.

3. Leere Wahl- oder Stimmzettel

Art. 34

¹ Wahl- oder Stimmzettel sind ungültig, wenn:

- a) sie nicht amtlich sind;
- b) sie anders als handschriftlich ausgefüllt sind;
- c) sie ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichnungen enthalten;
- d) sie unleserlich sind oder sonst keinen eindeutigen Willen der stimmenden Person erkennen lassen;
- e) wesentliche Teile fehlen;
- f) sie auf die "Bisherigen" oder ähnlich lauten.

4. Ungültige Wahl- oder Stimmzettel

² Bei der brieflichen Stimmabgabe sind die Wahl- oder Stimmzettel zudem ungültig, wenn:

- a) der Stimmrechtsausweis nicht beiliegt oder nicht unterschrieben ist;
- b) das Zustellkuvert nicht in den von der Gemeinde bezeichneten Briefkasten eingeworfen worden ist oder verspätet eintrifft;
- c) das Zustellkuvert nicht verschlossen ist;
- d) im Zustellkuvert mehr Stimmzettelkuverts als Stimmrechtsausweise liegen;
- e) das Zustellkuvert oder das Stimmzettelkuvert für die gleiche Wahl oder Abstimmung mehrere Wahl- oder Stimmzettel unterschiedlichen Inhalts, aber nur einen Stimmrechtsausweis enthält. Lauten sie gleich, ist einer von ihnen gültig;
- f) bei der Stellvertretung von behinderten Personen (Invaliden) die briefliche Stimmabgabe nicht durch die bevollmächtigte Vertrauensperson erfolgt ist.

Art. 35

5. Ungültige
Stimmen bei
Wahlen

¹ Eine Stimme ist ungültig wenn sie:

- a) einer nicht wählbaren Person gilt;
- b) auf eine Person lautet, die derselbe Stimmzettel bereits enthält (Kumulation);
- c) begründete Zweifel darüber offen lässt, wem sie gilt.

² Enthält ein Wahlzettel mehr gültige Namen, als Personen zu wählen sind, sind die überzähligen Stimmen ungültig. Die Namen werden von unten nach oben und von rechts nach links gestrichen.

Art. 36

Meldung der
Ergebnisse

¹ Das Stimmbüro meldet unverzüglich telefonisch die Gemeindeergebnisse:

- a) bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen der Standeskanzlei;
- b) bei Bezirksgerichtswahlen und -abstimmungen dem Bezirksamt;
- c) bei Kreiswahlen und -abstimmungen dem Kreisamt;
- d) bei der Wahl der Präsidentinnen oder der Präsidenten der Regionalverbände der zuständigen Behörde des Regionalverbandes.

² Das Stimmbüro erstellt zudem für jeden Urnengang ein Protokoll mit den Angaben gemäss Artikel 32 und übermittelt diese sowie die Wahl- oder Stimmzettel unverzüglich den zuständigen Stellen.

³ Die Kreisämter melden der Standeskanzlei am Wahltag unverzüglich telefonisch und am nächsten Tag auch noch schriftlich die Ergebnisse der Kreiswahlen.

⁴ Die Bezirksämter melden der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der Bezirksgerichtswahlen. Gleiches gilt für die zuständigen Behörden der Regionalverbände bei der Wahl der Präsidentinnen oder der Präsidenten der Verbände.

Art. 37

Zusammen-
fassung der
Gemeinde-
ergebnisse

¹ Die Standeskanzlei ermittelt durch Zusammenzählen der Gemeindeergebnisse das kantonale Ergebnis bei eidgenössischen sowie kantonalen Wahlen und Abstimmungen und fertigt darüber ein Protokoll aus.

² Bei Wahlen und Abstimmungen im Bezirk kommt die Aufgabe dem Bezirksamt, bei Wahlen und Abstimmungen im Kreis dem Kreisamt und bei der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Regionalverbandes der zuständigen Verbandsbehörde zu.

Art. 38

Auswertung der
Ergebnisse
1. Sachab-
stimmungen

¹ Eine Abstimmungsvorlage ist angenommen, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übersteigt. Leere und ungültige Stimmen fallen ausser Betracht.

² Erlaubt die Verfassung die Annahme von zwei alternativen Vorlagen und erhalten beide mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen, gibt eine Stichfrage den Ausschlag.

Art. 39

¹ Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer das absolute Mehr erreicht. Die Gesamtzahl aller gültigen Stimmen für kandidierende Personen wird durch die doppelte Zahl der freien Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl ist das absolute Mehr.

2. Wahlen
a. Erforderliches Mehr

² Haben mehr Personen das absolute Mehr erreicht, als Sitze zu besetzen sind, gelten diejenigen mit den höchsten Stimmenzahlen als gewählt.

Art. 40

Kommt bei Einzelwahlen eine Wahl nicht zustande oder sind bei Gesamtwahlen weniger Personen gewählt, als Sitze zu besetzen sind, findet ein zweiter, freier Wahlgang statt. Gewählt sind jene Kandidierenden, welche am meisten Stimmen erzielt haben (relatives Mehr).

b. Zweiter Wahlgang

Art. 41

¹ Haben mehrere Personen gleich viele Stimmen erhalten, entscheidet über die Wahl oder die Reihenfolge der Einsitznahme das Los. Die Losziehung nimmt vor:

c. Losentscheid

- a) bei kantonalen Wahlen die Regierung;
- b) bei Bezirksgerichtswahlen die Verwaltungskommission;
- c) bei Kreiswahlen der Kreisrat;
- d) bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes die zuständige Verbandsbehörde.

² Soweit möglich, werden die Betroffenen für die Losziehung beigezogen. Im Übrigen bestimmt die zuständige Instanz das Verfahren.

6. ABSCHLUSS DES VERFAHRENS

Art. 42

Die vorläufigen Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen werden von der Standeskanzlei, jene der Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene vom Bezirksamt beziehungsweise Kreisamt, und jene der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes von der zuständigen Verbandsbehörde unverzüglich öffentlich bekanntgegeben.

Veröffentlichung
1. Vorläufiges Ergebnis

Art. 43

¹ Beträgt beim ermittelten vorläufigen Gesamtergebnis einer Wahl oder Abstimmung die Differenz der Stimmen zwischen der letzten gewählten

2. Nachzählung

und der ersten nicht gewählten Person beziehungsweise zwischen den Ja- und Nein-Stimmen weniger als 0,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmzettel, hat von Amtes wegen eine Nachzählung zu erfolgen.

² Im Übrigen ordnet bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen die Regierung, bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene die Verwaltungskommission beziehungsweise der Kreisrat, und bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes die zuständige Verbandsbehörde eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen.

³ Die Nachzählung kann zentral, bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen durch die Standeskanzlei, bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene durch das Bezirksamt beziehungsweise Kreisamt, und bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes durch die zuständige Verbandsbehörde vorgenommen werden oder, auf Anordnung dieser Stellen, in den Gemeinden erfolgen.

Art. 44

3. Konsolidiertes
Ergebnis

¹ Gestützt auf die Protokolle der Gemeinden oder einer allfälliger Nachzählung werden die konsolidierten Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen unter Hinweis auf das Beschwerderecht durch die Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

² Bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene erfolgt die Veröffentlichung durch das Bezirks- beziehungsweise Kreisamt, bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes durch die zuständige Verbandsbehörde, im jeweiligen Publikationsorgan.

Art. 45

Erwahrung

Nach Ablauf der Beschwerdefrist oder nach Erledigung der Beschwerde stellt die Regierung das Ergebnis der Ständeratswahlen und kantonalen Abstimmungen und der Grosse Rat dasjenige der Regierungsratswahlen verbindlich fest.

Art. 46

Annahme der
Wahl

¹ Wer eine Wahl nicht binnen acht Tagen seit der amtlichen Bekanntgabe des Ergebnisses durch schriftliche Mitteilung an die Regierung beziehungsweise die Verwaltungskommission, den Kreisrat oder die zuständige Verbandsbehörde ablehnt, hat sie angenommen.

² Die Annahme gilt bei Unvereinbarkeit zwischen zwei Ämtern als Verzicht auf das bisherige, mit dem neuen nicht vereinbaren Amt.

³ Wenn mehrere Personen gleichzeitig in eine Behörde gewählt werden, der sie nicht zur gleichen Zeit angehören dürfen, ist die Wahl für diejenige gültig, die bisher im Amt war oder bei gleichzeitiger Neuwahl mehr

Stimmen auf sich vereinigt. Bei einer Ersatzwahl hat die bereits im Amte stehende Person gegenüber der neu gewählten den Vorrang.

Art. 47

Der zufolge eines Verzichtes der gewählten Person frei werdende Sitz ist nach den für Ersatzwahlen geltenden Bestimmungen neu zu besetzen. Nachwahl

III. Amtseinstellung und Amtsenthebung

Art. 48

Der Grosse Rat kann mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder ein Mitglied des Grossen Rates oder der Regierung vor Ablauf der Amtsdauer des Amtes entheben, wenn es: Zuständigkeit,
Gründe

- a) vorsätzlich oder grobfahrlässig Amtspflichten schwer verletzt hat;
- b) die Fähigkeit, das Amt auszuüben, auf Dauer verloren hat oder
- c) wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde.

Art. 49

¹ Der Grosse Rat leitet von Amtes wegen oder auf Anzeige hin ein Amtsenthebungsverfahren ein, wenn er von einem Amtsenthebungsgrund Kenntnis erhält. Verfahren
1. Einleitung,
Instruktion

² Die Instruktion des Einleitungsbeschlusses, die Durchführung der Untersuchung und die Instruktion des Endentscheides obliegen der Kommission für Justiz und Sicherheit.

Art. 50

¹ Der Sachverhalt ist von Amtes wegen zu ermitteln. 2. Untersuchung

² Die Bestimmungen über die Untersuchungsmittel, die Mitwirkungspflicht der Beteiligten, das rechtliche Gehör und die Akteneinsicht zum Verfahren in Verwaltungssachen im Gesetz über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen finden sinngemäss Anwendung.

Art. 51

Liegen hinreichende Anhaltspunkte für einen Amtsenthebungsgrund gemäss Artikel 48 vor, kann der Grosse Rat mit der Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder vorsorglicherweise eine Amtseinstellung, mit oder ohne Lohnkürzung oder -streichung, beschliessen. 3. Amtseinstellung

Art. 52

Entscheide sind zu begründen und den Betroffenen schriftlich sowie mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen zu eröffnen. 4. Entscheid

Art. 53

5. Rechtsmittel

Entscheide des Grossen Rates betreffend Amtseinstellung und Amtsenthebung können innert 20 Tagen seit der Mitteilung beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

IV. Initiativverfahren

1. INITIATIVE IN KANTONALEN ANGELEGENHEITEN

A. Einreichung und Zustandekommen

a. Volksinitiative

Art. 54

Unterschriften-
liste

¹ Die Initiative kommt durch Sammeln von Einzelunterschriften auf Unterschriftenlisten zustande.

² Jede Unterschriftenliste hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Namen der Gemeinde, in der die unterzeichnenden Personen der Liste stimmberechtigt sind;
- b) den Titel und den Wortlaut des Initiativbegehrens;
- c) das Datum der Veröffentlichung im Kantonsamtsblatt;
- d) eine vorbehaltlose Rückzugsklausel;
- e) die Namen und Adressen von mindestens sieben stimmberechtigten Urhebern der Initiative (Initiativkomitee);
- f) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer unbefugt an einem Initiativbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht (Art. 282 StGB) oder wer bei der Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB),
- g) die Bescheinigungsformel über die Stimmberechtigung der unterzeichnenden Personen.

³ Der Titel der Initiative darf nicht irreführend, ehrverletzend oder übermässig lang sein, keine kommerzielle oder persönliche Werbung enthalten und zu keinen Verwechslungen Anlass geben.

Art. 55

Vorprüfung

¹ Vor Beginn der Unterschriftensammlung reicht das Initiativkomitee der Standeskanzlei die Unterschriftenliste zur formellen Vorprüfung ein.

² Nach Anhörung des Initiativkomitees verfügt die Standeskanzlei die nötigen Änderungen, wenn der Titel der Initiative oder die Form der Unterschriftenliste nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Art. 56

¹ Die bereinigte Unterschriftenliste ist bei der Standeskanzlei vor Beginn der Unterschriftensammlung zu hinterlegen.

Hinterlegung der
Unterschriften-
liste, Publikation

² Die Standeskanzlei veröffentlicht Titel, Text und Namen der Urheberschaft der Initiative im Kantonsamtsblatt.

Art. 57

¹ Die stimmberechtigte Person muss ihren Namen handschriftlich und leserlich auf die Unterschriftenliste schreiben und zusätzlich ihre eigenhändige Unterschrift beifügen.

Unterschrift

² Schreibunfähige stimmberechtigte Personen können die Eintragung ihres Namenszuges durch eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl vornehmen lassen. Diese setzt ihre eigene Unterschrift zum Namenszug der schreibunfähigen Person und bewahrt über den Inhalt der empfangenen Anweisungen Stillschweigen.

³ Die stimmberechtigte Person muss alle weiteren Angaben machen, die zur Feststellung ihrer Identität nötig sind, wie Vornamen, Geburtsdatum und Adresse.

⁴ Sie darf die gleiche Initiative nur einmal unterschreiben.

Art. 58

¹ Die Unterschriftenlisten sind rechtzeitig vor Ablauf der Sammelfrist der oder dem Stimmregisterführenden der Gemeinde einzureichen, in der die unterzeichnenden Personen stimmberechtigt sind.

Stimmrechts-
bescheinigung

² Die oder der Stimmregisterführende bescheinigt, dass die unterzeichnenden Personen in der auf der Unterschriftenliste genannten Gemeinde in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind, und gibt die Listen unverzüglich den Absendern zurück. Namen von Initiantinnen oder Initianten, die nicht in der Gemeinde stimmberechtigt sind, werden von der oder dem Stimmregisterführenden vorher gestrichen.

³ Die Bescheinigung muss in Worten oder Ziffern die Zahl der bescheinigten Unterschriften angeben, datiert sein, die eigenhändige Unterschrift der oder des Stimmregisterführenden aufweisen und mit dem Amtsstempel gekennzeichnet sein.

⁴ Die Stimmrechtsbescheinigung wird erteilt, wenn die unterzeichnende Person am Tage, an dem die Unterschriftenliste zur Bescheinigung einge-

reicht wird, im Stimmregister eingetragen ist. Die Bescheinigung kann für mehrere Listen gesamthaft vorgenommen werden.

⁵ Bescheinigungen, die vor der Veröffentlichung der Initiative im Kantonsamtsblatt ausgestellt werden, sind ungültig.

Art. 59

Verweigerung der
Stimmrechts-
bescheinigung

¹ Die Stimmrechtsbescheinigung wird verweigert, wenn die in Artikel 57 und 58 Absätze 1 und 4 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

² Haben Stimmberechtigte mehrmals unterschrieben, so wird nur eine Unterschrift bescheinigt.

³ Der Verweigerungsgrund ist auf der Unterschriftenliste anzugeben.

Art. 60

Einreichung

¹ Die Unterschriftenlisten sind der Standeskanzlei gesamthaft und spätestens ein Jahr nach der Veröffentlichung des Initiativtextes im Kantonsamtsblatt einzureichen. Mit der Einreichung ist die Unterschriftensammlung abgeschlossen.

² Eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht zurückgegeben und können nicht eingesehen werden.

Art. 61

Zustandekommen

¹ Die Standeskanzlei prüft, ob die Unterschriftenlisten mit der hinterlegten übereinstimmen, rechtzeitig eingereicht wurden und den Formvorschriften entsprechen.

² Sie ermittelt die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften.

³ Ungültig sind Unterschriften auf Listen, die den Erfordernissen von Artikel 54, 58 Absatz 1 oder 60 nicht entsprechen, sowie Unterschriften von unterzeichnenden Personen, deren Stimmrecht nicht, ungültig oder zu Unrecht bescheinigt worden ist.

⁴ Die Standeskanzlei erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen der Initiative.

⁵ Die Regierung entscheidet, ob die Initiative zustande gekommen ist. Der Beschluss ist im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen.

Art. 62

Rückzug

¹ Jede Initiative kann vom Initiativkomitee zurückgezogen werden. Die Rückzugserklärung ist verbindlich, wenn sie durch die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Initiativkomitees unterzeichnet wird.

² Der Rückzug ist bis zur Festsetzung der Volksabstimmung zulässig. Bei einer Initiative in Form der allgemeinen Anregung, welcher der Grosse Rat zustimmt, ist der Rückzug bis zum Zustimmungsbeschluss zulässig.

³ Der Rückzug ist der Standeskanzlei zuhanden des Grossen Rates mitzuteilen.

b. Gemeindeinitiative

Art. 63

¹ Gemeindeinitiativen werden, solange das Gemeinderecht keine abweichende Regelung enthält, durch übereinstimmende Beschlüsse der Gemeindevorstände gefasst. Diese Beschlüsse unterstehen nicht dem Referendum.

Zuständigkeit,
formelle
Voraussetzungen

² Die Beschlüsse haben folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Titel und den Wortlaut der Initiative;
- b) eine vorbehaltlose Rückzugsklausel;
- c) die Bezeichnung der federführenden Gemeinde.

³ Der Titel der Initiative darf nicht irreführend, ehrverletzend oder übermässig lang sein, keine kommerzielle oder persönliche Werbung enthalten und zu keinen Verwechslungen Anlass geben.

Art. 64

¹ Die federführende Gemeinde reicht der Standeskanzlei den Titel der Initiative zur formellen Vorprüfung ein.

Vorprüfung

² Nach Anhörung der federführenden Gemeinde verfügt die Standeskanzlei die nötigen Änderungen, wenn der Titel der Initiative nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Art. 65

¹ Vor Beginn der Beschlussfassung durch die Gemeindevorstände hinterlegt die federführende Gemeinde den definitiven Titel und Text der Initiative bei der Standeskanzlei.

Publikation

² Titel und Text der Initiative sowie der Name der federführenden Gemeinde werden von der Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

³ Gemeindebeschlüsse, die vor der Veröffentlichung der Initiative gefasst werden, sind ungültig.

Art. 66

Einreichung und
Zustandekommen

¹ Die federführende Gemeinde hat der Standeskanzlei die Initiative, die Gemeindebeschlüsse sowie die dazugehörigen Protokollauszüge gesamt- haft und spätestens ein Jahr nach der Veröffentlichung des Initiativtextes im Kantonsamtsblatt einzureichen.

² Die Standeskanzlei prüft, ob die Initiative rechtzeitig eingereicht wurde und ob die Formvorschriften erfüllt sind.

³ Sie erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen der Initiative.

⁴ Die Regierung stellt fest, ob die Initiative zustande gekommen ist, und veröffentlicht ihren Beschluss im Kantonsamtsblatt.

Art. 67

Rückzug der
Initiative

¹ Jede Gemeindeinitiative kann zurückgezogen werden.

² Der Rückzug einer Gemeindeinitiative gilt als beschlossen, wenn der entsprechende Beschluss von so vielen Gemeinden zurückgezogen wird, dass das erforderliche Quorum von Artikel 12 Absatz 1 beziehungsweise 2 der Kantonsverfassung nicht mehr erfüllt ist.

³ Artikel 62 Absätze 2 und 3 sind sinngemäss anwendbar.

B. *Behandlung und Abstimmung*

Art. 68

Behandlung im
Grossen Rat

Zustande gekommene Initiativen unterbreitet die Regierung mit ihrer Botschaft innert einem Jahr seit der Einreichung dem Grossen Rat.

Art. 69

Ausformulierte
Initiativen

¹ Stimmt der Grosse Rat einer ausformulierten Initiative ohne Gegenvorschlag zu, gilt die Initiative als ein eigener, dem Referendum unterstehen- der Beschluss.

² Stimmt der Grosse Rat der Initiative zu und beschliesst er einen Gegen- vorschlag, findet eine Volksabstimmung statt. In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass der Grosse Rat den Gegenvorschlag vorziehe.

³ Lehnt der Grosse Rat die Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt.

Art. 70

Allgemein
anregende
Initiativen
1. Volks-
abstimmung

¹ Lehnt der Grosse Rat eine allgemein anregende Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt.

² Stimmt der Grosse Rat einer allgemein anregenden Initiative zu und beschliesst er einen Gegenvorschlag, findet eine Volksabstimmung statt.

In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass der Grosse Rat den Gegenvorschlag vorziehe.

³ Stimmt der Grosse Rat ohne Gegenvorschlag einer allgemein anregenden Initiative zu, so unterbleibt eine Volksabstimmung.

Art. 71

¹ Stimmt das Volk oder der Grosse Rat einer allgemein anregenden Initiative zu, so unterbreitet die Regierung dem Grossen Rat innert einem Jahr seit der Zustimmung einen ausgearbeiteten Entwurf. 2. Vollzug

² Stimmt der Grosse Rat dem Entwurf ohne Gegenvorschlag zu, gilt dieser als ein eigener, dem Referendum unterstehender Beschluss.

³ Stimmt der Grosse Rat dem Entwurf zu und beschliesst er einen Gegenvorschlag, findet eine Volksabstimmung statt. In der Erläuterung wird ausgeführt, dass der Grosse Rat den Gegenvorschlag vorziehe.

⁴ Lehnt der Grosse Rat den Entwurf mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt.

Art. 72

¹ Stellt der Grosse Rat einer Initiative oder einem in Vollzug einer allgemeinen Anregung ausgearbeiteten Entwurf einen Gegenvorschlag gegenüber, so werden den Stimmberechtigten auf demselben Stimmzettel folgende Fragen vorgelegt: Verfahren bei Doppelabstimmungen

1. Wollt Ihr die Initiative/den Entwurf annehmen?
2. Wollt Ihr den Gegenvorschlag des Grossen Rates annehmen?
3. Falls sowohl die Initiative/der Entwurf als auch der Gegenvorschlag angenommen werden:
Soll die Initiative/der Entwurf oder der Gegenvorschlag in Kraft treten?

² Das absolute Mehr wird für jede Frage getrennt ermittelt. Dabei fallen unbeantwortete Fragen ausser Betracht.

³ Werden sowohl die Initiative/der Entwurf als auch der Gegenvorschlag angenommen, entscheidet das Ergebnis der dritten Frage. In Kraft tritt diejenige Vorlage, die bei dieser Frage mehr Stimmen erreicht.

⁴ Erzielen die Initiative/der Entwurf und der Gegenvorschlag dabei gleich viele Stimmen, gilt jene Vorlage als vorgezogen, die:

- a) die grössere Stimmendifferenz bei der Hauptfrage aufweist;
- b) weniger Nein-Stimmen bei der Hauptfrage aufweist, wenn die Stimmendifferenz gleich ist.

⁵ Sind die Stimmendifferenz wie auch die Zahl der Nein-Stimmen gleich, entscheidet das von der Regierung zu ziehende Los.

2. INITIATIVE IN KREIS- UND GEMEINDEANGELEGENHEITEN

Art. 73

Grundsatz

Die Kreise und Gemeinden gewährleisten das Initiativrecht nach Massgabe der folgenden Bestimmungen. Sie können es, insbesondere durch Herabsetzung der erforderlichen Unterschriftenzahl und Zulassung der Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes, erweitern.

Art. 74

Initiative in
Kreisangelegen-
heiten

Die Bestimmungen über das Initiativrecht in Gemeinden gelten sinngemäss für die Kreise. Kreise, in denen für Sachabstimmungen nicht die Kreisversammlung zuständig ist, sind dabei den Gemeinden ohne Gemeindeversammlung gleichgestellt.

Art. 75

Initiative in
Gemeinden mit
Gemeindever-
sammlung

¹ Eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung kann

- a) von mindestens einem Viertel der Stimmberechtigten beim Gemeindevorstand eingereicht oder
- b) von der Gemeindeversammlung auf Antrag eines Stimmberechtigten als Motion erheblich erklärt werden.

² Der Gemeindevorstand hat der nächsten ordentlichen Gemeindeversammlung, spätestens innert Jahresfrist, einen ausgearbeiteten Vorschlag, ein Gutachten und allenfalls einen Gegenvorschlag über ein in ihre Zuständigkeit fallendes Sachgeschäft zu unterbreiten.

Art. 76

Initiative in
Gemeinden ohne
Gemeindever-
sammlung

¹ In Gemeinden ohne Gemeindeversammlung kann die Initiative von mindestens 15 Prozent der Stimmberechtigten beim Gemeindevorstand eingereicht werden.

² Enthält die Initiative eine allgemeine Anregung, welche in die Zuständigkeit des Volkes fällt, hat der Gemeindevorstand sie innert Jahresfrist seit der Einreichung zusammen mit einem Gutachten und allenfalls einem Gegenvorschlag der Volksabstimmung zu unterbreiten. Steht die Vorberatung der Initiative zuerst dem Gemeinderat zu, so beträgt die Frist anderthalb Jahre.

³ Stimmt der Gemeindevorstand oder, wenn ihm die Vorberatung zusteht, der Gemeinderat der Initiative zu, so unterbleibt die Volksabstimmung.

⁴ Stimmt das Volk oder der Gemeindevorstand beziehungsweise der Gemeinderat einer Initiative zu, so arbeitet der Gemeindevorstand gestützt darauf einen Vorschlag aus. Dieser Vorschlag muss innert Jahresfrist oder, wenn die Vorbereitung einem Gemeinderat zusteht, innert anderthalb Jah-

ren seit der Zustimmung mit einem Gutachten und allenfalls einem Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden.

Art. 77

¹ Initiativen, deren Inhalt rechtswidrig ist, werden der Volksabstimmung nicht unterbreitet. Rechtswidrige Initiativen

² Der Gemeindevorstand oder, wenn ihm die Vorberatung zusteht, der Gemeinderat gibt den Initianten in einem solchen Fall von seinem Beschluss unter Angabe der Gründe schriftlich Kenntnis.

V. Verfahren für das fakultative Referendum in kantonalen Angelegenheiten

1. VOLKSREFERENDUM

Art. 78

Die Gesetze und Beschlüsse des Grossen Rates, die dem fakultativen Referendum unterstehen, sind im Anschluss an die Grossratssession im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung weist auf das fakultative Referendum sowie auf den Ablauf der Referendumsfrist hin. Publikation

Art. 79

¹ Die Zustimmung zum Referendum erfolgt durch Einzelunterschrift auf Unterschriftenlisten. Unterschriftenliste

² Die Unterschriftenlisten dürfen nur ein Gesetz oder einen Beschluss zum Gegenstand haben.

³ Jede Unterschriftenliste hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Namen der Gemeinde, in der die unterzeichnenden Personen der Liste stimmberechtigt sind;
- b) die Bezeichnung des Gesetzes oder Beschlusses mit dem Datum der Verabschiedung durch den Grossen Rat;
- c) das Begehren um Durchführung einer Volksabstimmung über dieses Gesetz oder diesen Beschluss;
- d) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer unbefugt an einem Referendum teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht (Art. 282 StGB) oder wer bei der Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB).

Art. 80

Die für die Volksinitiative geltenden Bestimmungen über die Unterschrift (Art. 57), die Stimmrechtsbescheinigungen (Art. 58) und die Verweige- Ergänzende Vorschriften

rung der Bescheinigungen (Art. 59) gelten sinngemäss auch für das Volksreferendum.

Art. 81

Einreichung,
Ausschluss,
Rückzug

¹ Die Unterschriftenlisten sind der Standeskanzlei gesamthaft und innert 90 Tagen nach der Veröffentlichung des Gesetzes oder Beschlusses im Kantonsamtsblatt einzureichen. Mit der Einreichung ist die Unterschriftensammlung abgeschlossen.

² Eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht zurückgegeben und können nicht eingesehen werden.

³ Der Rückzug eines Referendums ist nicht zulässig.

Art. 82

Zustandekommen

¹ Die Standeskanzlei prüft, ob die Unterschriftenlisten rechtzeitig eingereicht wurden und den Formvorschriften entsprechen.

² Sie ermittelt die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften.

³ Ungültig sind Unterschriften auf Listen, die den Erfordernissen von Artikel 58 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 80 oder 81 nicht entsprechen, sowie Unterschriften von unterzeichnenden Personen, deren Stimmrecht nicht, ungültig oder zu Unrecht bescheinigt worden ist.

⁴ Die Standeskanzlei erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen des Referendums.

⁵ Über das Zustandekommen des Referendums entscheidet die Regierung.

Art. 83

Volksabstimmung

Ist das Referendum zustande gekommen, ordnet die Regierung die Volksabstimmung an und veröffentlicht ihren Entscheid im Kantonsamtsblatt.

Art. 84

Nichtzustandekommen

Wird kein oder kein gültiges Referendum ergriffen, erklärt die Regierung das Gesetz oder den Beschluss als in Rechtskraft erwachsen. Dieser Entscheid ist im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen.

2. GEMEINDEREFERENDUM

Art. 85

Publikation

Die für das Volksreferendum geltende Bestimmung über die amtliche Veröffentlichung der Gesetze und Beschlüsse des Grossen Rates (Art. 78) findet sinngemäss auch auf das Gemeindereferendum Anwendung.

Art. 86

¹ Gemeindereferenden gemäss Artikel 17 der Kantonsverfassung werden, solange das Gemeinderecht keine abweichende Regelung enthält, durch übereinstimmende Beschlüsse der Gemeindevorstände gefasst. Zuständigkeit,
formelle
Voraussetzungen

² Der Beschluss des Gemeindevorstandes muss das Gesetz oder den Beschluss des Grossen Rates enthalten, gegen das oder gegen den das Referendum ergriffen wird, sowie die Bezeichnung der federführenden Gemeinde.

Art. 87

¹ Das Referendum, die Gemeindebeschlüsse sowie die dazugehörigen Protokollauszüge sind von der federführenden Gemeinde bei der Standeskanzlei innert 90 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Gesetzes oder Beschlusses des Grossen Rates einzureichen. Einreichung,
Rückzug

² Ein Referendum kann nicht zurückgezogen werden.

Art. 88

¹ Nach Ablauf der Referendumsfrist prüft die Standeskanzlei, ob das Referendum rechtzeitig eingereicht wurde und ob die Formvorschriften eingehalten sind. Zustandekommen

² Sie erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen des Referendums.

³ Die Regierung entscheidet, ob das Referendum zustande gekommen ist.

Art. 89

Ist das Referendum zustande gekommen, finden die für das Volksreferendum geltenden Regelungen über die Anordnung und die Durchführung der Volksabstimmung (Art. 83) sinngemäss Anwendung. Volksabstimmung

Art. 90

Wird kein oder kein gültiges Referendum ergriffen, dann richtet sich das weitere Verfahren nach den für das Volksreferendum geltenden Regelungen (Art. 84). Nichtzustandekommen

3. NACHTRÄGLICHES REFERENDUM FÜR DRINGLICHE GESETZE

Art. 91

Die amtliche Veröffentlichung der dringlichen Gesetze, die formellen Voraussetzungen des Referendums sowie die Einreichung, der Ausschluss des Rückzugs und das Zustandekommen des Referendums richten sich nach Verfahren

den für das Volks- beziehungsweise Gemeindereferendum geltenden Bestimmungen (Art. 78 – Art. 90).

Art. 92

Volksabstimmung ¹ Kommt das Referendum über das dringlich erklärte Gesetz zustande, ordnet die Regierung die Volksabstimmung an. Dieser Entscheid ist im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen.

² Wird das dringliche Gesetz vom Volke abgelehnt, tritt es sofort ausser Kraft.

³ Ein dringlich erklärtes Gesetz, das in der Volksabstimmung nicht angenommen wird, kann nicht erneuert werden.

Art. 93

Nichtzustandekommen Wird kein oder kein gültiges Referendum ergriffen, bleibt das dringlich erklärte Gesetz in Kraft und es erfolgt eine entsprechende amtliche Veröffentlichung.

VI. Petitionsverfahren

Art. 94

Petition ¹ Petitionen gemäss Artikel 33 der Bundesverfassung sind schriftlich einzureichen.

² Ist die Eingabe nach Form und Inhalt nicht ordnungswidrig, so fasst die angegangene Behörde einen Beschluss darüber, ob und gegebenenfalls wie sie ihr Folge leisten will. Andernfalls nimmt sie lediglich von ihrem Eingang Kenntnis.

³ Die Personen, welche eine Petition eingereicht haben, sind über die Behandlung der Eingabe in geeigneter Form zu orientieren.

VII. Rechtspflege und Strafbestimmungen

Art. 95

Beschwerde ¹ Bei der Regierung kann Beschwerde geführt werden:

- a) wegen Verletzung des Stimmrechts nach den Artikeln 3 und 5 sowie den Artikeln 58, 59 und 80 (Stimmrechtsbeschwerde);
- b) wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung von kantonalen Abstimmungen und Ständeratswahlen (Abstimmungs- und Wahlbeschwerde);
- c) gegen den Entscheid der Standeskanzlei betreffend die Änderung des Titels einer Initiative und die Form der Unterschriftenliste.

² Beim Grossen Rat kann Beschwerde geführt werden wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Grossratswahlen.

³ Bei der zuständigen grossrätlichen Kommission kann Beschwerde geführt werden wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Regierungsratswahlen.

Art. 96

Stimmrechtsbeschwerde, Wahl- und Abstimmungsbeschwerde kann jede stimmberechtigte Person des betreffenden Wahl- oder Abstimmungskreises führen. Legitimation

Art. 97

Die Beschwerden an Instanzen gemäss Artikel 95 sind innert drei Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am dritten Tag nach der amtlichen Bekanntgabe der Ergebnisse einer Wahl oder Abstimmung bei der Standeskanzlei einzureichen. Frist

Art. 98

¹ Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine kurze Begründung enthalten. Beschwerdeschrift

² Die Beschwerdeschrift ist von der beschwerdeführenden Person oder ihrem Vertreter zu unterzeichnen.

Art. 99

Der Beschwerde kommt nur aufschiebende Wirkung zu, wenn diese von der Beschwerdeinstanz auf Antrag oder von Amtes wegen angeordnet wird. Aufschiebende Wirkung

Art. 100

¹ Stellt die Beschwerdeinstanz auf Beschwerde oder von Amtes wegen Unregelmässigkeiten fest, so trifft sie, wenn möglich vor Schluss des Wahl- oder Abstimmungsverfahrens, die notwendigen Anordnungen zu deren Behebung. Entscheid

² Liegen Unregelmässigkeiten vor, die nach Art oder Umfang geeignet waren, das Resultat wesentlich zu beeinflussen, so berichtigt die Beschwerdeinstanz das Ergebnis oder hebt die Wahl oder Abstimmung auf.

³ Die Beschwerdeinstanz weist Beschwerden ohne nähere Prüfung ab, wenn die gerügten Unregelmässigkeiten weder nach ihrer Art noch nach ihrem Umfang dazu geeignet waren, das Resultat der Wahl oder Abstimmung wesentlich zu beeinflussen.

Art. 101

Weitere
Verfahrensvor-
schriften

¹ Bei Verfahren über Stimmrechts-, Wahl- und Abstimmungsbeschwerden werden weder Verfahrenskosten erhoben noch Parteientschädigungen zugesprochen. Von der Kostenbefreiung ausgenommen sind mutwillige und trölerische Beschwerden.

² Im Übrigen sind die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen anwendbar, soweit dies mit der besonderen Natur des Wahl- und Abstimmungsverfahrens vereinbar ist.

Art. 102

Weiterzug ans
Verwaltungs-
gericht

¹ Entscheide der Regierung, des Grossen Rates und der zuständigen grossrätlichen Kommission sowie der Behörden der Regionalverbände, Bezirke, Kreise und Gemeinden unterliegen der Beschwerde wegen Verletzung von politischen Rechten an das Verwaltungsgericht.

² Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Kanton Graubünden.

Art. 103

Strafbestimmun-
gen

¹ Mitglieder von Behörden oder Stimmbüros sowie beigezogene Hilfspersonen, die vorsätzlich oder grobfahrlässig Pflichten verletzen, welche ihnen gemäss diesem Gesetz oder gemäss den Ausführungsbestimmungen obliegen, werden mit Busse bestraft.

² Die Verfolgung und Beurteilung der Widerhandlungen richten sich nach der Strafprozessordnung.

VIII. Schlussbestimmungen

Art. 104

Vollzug
1. Regierung

Die Regierung erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen, insbesondere betreffend die Führung des Stimmregisters, die Anordnung und Durchführung (Stimmabgabe, Auszählung, Meldung der Ergebnisse) der Wahlen und Abstimmungen sowie das Initiativ- und Referendumsrecht.

Art. 105

2. Kreise

¹ Die Kreise regeln das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisangelegenheiten, soweit dieses Gesetz und die Regierung nichts bestimmen.

² Kreise, die nur eine Gemeinde umfassen, können bestimmen, dass die Befugnisse, die nach diesem Gesetz im Verfahren der Urnenabstimmung den Gemeindebehörden zustehen, in Kreisangelegenheiten ganz oder teilweise von den Kreisbehörden ausgeübt werden.

Art. 106

Die Gemeinden erlassen die für ihr Gebiet erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten und in Kreisangelegenheiten. 3. Gemeinden

Art. 107

Die Regionalverbände erlassen die für ihr Gebiet erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über das Verfahren bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Verbandes. 4. Regionalverbände

Art. 108

Mit In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird das Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden vom 7. Oktober 1962 aufgehoben. Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 109

Dieses Gesetz gilt auch für hängige Verfahren. Soweit die Behörde oder Verwaltungsstelle mit einer Angelegenheit bereits befasst ist, bleibt ihre Zuständigkeit bestehen. Übergangsbestimmungen

Art. 110

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Referendum und
In-Kraft-Treten

² Es wird nach der Genehmigung durch den Bund von der Regierung in Kraft gesetzt.

Namens des Grossen Rates

Präsident: *Hans Geisseler*

Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*

Datum der Veröffentlichung: 23. Juni 2005

Ablauf der Referendumsfrist: 21. September 2005

AMTLICHE PUBLIKATIONEN

Referendum facoltativo

Scadenza del termine di referendum: 21 settembre 2005

Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni

del 17 giugno 2005

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,
visti l'art. 9 cpv. 3, l'art. 21 cpv. 2 e 3 e l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione
cantonale,
visto il messaggio del Governo del 25 gennaio 2005,
decide:

I. Disposizioni generali

1. CAMPO DI APPLICAZIONE E OGGETTO

Art. 1

¹ La legge disciplina:

- a) le elezioni e votazioni in affari cantonali, distrettuali e di circolo, nonché l'elezione dei presidenti delle corporazioni regionali;
- b) l'esercizio del diritto di referendum e di iniziativa in affari cantonali;
- c) l'esercizio del diritto di iniziativa in affari di circolo e comunali.

Campo di
applicazione

² La legge è applicabile alle votazioni federali e alle elezioni del Consiglio nazionale, nonché all'esercizio del diritto di referendum e di iniziativa in affari federali, nella misura in cui il diritto federale lasci ai Cantoni la facoltà di regolare la procedura.

³ La legge si applica per analogia alle votazioni ed elezioni in affari comunali, per quanto il diritto comunale non preveda disposizioni al riguardo.

Art. 2

¹ Sono elezioni cantonali le elezioni del Governo e del Consiglio degli Stati; sono elezioni di circolo le elezioni dei membri del Gran Consiglio, delle altre autorità e degli altri impiegati di circolo eletti dal Popolo.

Concetti

² Sono elezioni distrettuali le elezioni dei membri dei tribunali distrettuali.

³ Sono elezioni regionali le elezioni dei presidenti delle corporazioni regionali.

2. DIRITTO DI VOTO E DI ELEZIONE

Art. 3

Contenuto,
presupposti

¹ Il diritto di voto e di elezione comprende il diritto di partecipare a votazioni ed elezioni, di farsi eleggere, nonché di sottoscrivere referendum e iniziative.

² Il diritto di voto e di elezione si conforma alla Costituzione cantonale. Restano riservate le prescrizioni sui diritti politici degli Svizzeri all'estero secondo il capoverso 3.

³ Chi ai sensi della legge federale sui diritti politici degli Svizzeri all'estero è autorizzato ad esercitare nel Cantone dei Grigioni i diritti politici in affari federali, lo può fare anche in questioni cantonali. I presupposti e la procedura si conformano alla legge federale sui diritti politici degli Svizzeri all'estero e alla presente legge.

Art. 4

Luogo
dell'esercizio
(domicilio
politico)

¹ Il diritto di voto e di elezione è esercitato nel domicilio politico, ossia nel comune in cui abita ed è notificato l'avente diritto di voto. I nomadi votano nel comune di attinenza.

² Chiunque deposita, invece dell'atto d'origine, un altro documento di legittimazione (certificato di cittadinanza, certificato provvisorio ecc.), acquista il domicilio politico soltanto se prova di non essere iscritto nel catalogo elettorale del luogo in cui è depositato l'atto d'origine.

³ Restano riservate le prescrizioni sui diritti politici degli Svizzeri all'estero.

Art. 5

Catalogo
elettorale

¹ Gli aventi diritto di voto devono essere iscritti nel catalogo elettorale, tenuto dal comune, del loro domicilio politico. Iscrizioni e radiazioni devono essere effettuate d'ufficio.

² Prima di un'elezione o votazione, le iscrizioni o radiazioni devono essere effettuate fino al quinto giorno precedente quello dell'elezione o votazione, se risulta che il giorno della votazione sono adempiute le condizioni di partecipazione.

³ Il catalogo elettorale può essere consultato dagli aventi diritto di voto.

Art. 6

Nelle elezioni e votazioni alle urne, nonché nelle elezioni e votazioni a scrutinio segreto il segreto di voto è illimitato, negli altri casi deve essere garantito per quanto possibile.

Segreto di voto

3. PARTITI POLITICI

Art. 7

Sono considerati partiti politici aventi diritto alla promozione tutte le associazioni che partecipano alle elezioni del Gran Consiglio, del Governo, del Consiglio nazionale o del Consiglio degli Stati.

Promozione dei partiti

II. Elezioni e votazioni

1. ORGANIZZAZIONE DELLE ELEZIONI E DELLE VOTAZIONI

Art. 8

¹ Le elezioni e votazioni federali e cantonali, le elezioni dei tribunali distrettuali e del presidente della corporazione regionale hanno luogo nel comune lo stesso giorno con voto alle urne.

Luogo, giorno e tipo di votazione

² Le elezioni e votazioni in affari di circolo hanno luogo nel comune lo stesso giorno o nell'assemblea di circolo.

Art. 9

¹ La sovranza comunale, nel caso di assemblee di circolo il consiglio di circolo, costituisce un ufficio elettorale di almeno due membri aventi diritto di voto e ne designa il presidente e l'attuario. La sovranza comunale può costituirsi essa stessa in ufficio elettorale.

Ufficio elettorale
1. Organizzazione

² L'ufficio elettorale deve essere dotato di un numero sufficiente di persone aventi diritto di voto quali scrutatori.

Art. 10

¹ Ogni persona avente diritto di voto è tenuta ad accettare la funzione di membro, di presidente o di attuario dell'ufficio elettorale o di scrutatore e di esercitare questa funzione, salvo che ne sia impedito da motivi importanti come malattia, anzianità o assenza.

2. Obbligo di assumere la carica

² Chiunque senza motivo importante rifiuti di accettare o di esercitare la funzione, può essere punito dalla sovranza comunale rispettivamente dal consiglio di circolo con una multa da 50 a 400 franchi.

Art. 11

3. Incompatibilità ¹ Un candidato non può essere né membro dell'ufficio elettorale né scrutatore.

² Lo stesso vale per parenti e affini in linea diretta, coniuge, nonché sorelle e fratelli di un candidato.

Art. 12

4. Compiti L'ufficio elettorale vigila in particolare sulla votazione, decide sulla validità delle schede di voto e dei voti, dirige lo spoglio dei voti, determina il risultato dell'elezione o della votazione e lo comunica immediatamente all'ufficio competente.

Art. 13

Pubblico Su garanzia del segreto di voto è ammessa la valutazione e la pubblicazione del comportamento degli elettori.

Art. 14

Elaborazione
elettronica dei
dati

Il Cantone utilizza un programma informatico per il rilevamento e la valutazione delle elezioni e delle votazioni. Il Governo può imporre ai comuni il suo utilizzo. Il Cantone si assume le spese.

2. ORDINE DI INDIRE LE ELEZIONI E LE VOTAZIONI

Art. 15

Indizione,
comunicazione

¹ Le elezioni e le votazioni vengono indette:

- a) dal Governo:
le elezioni del Governo e del Consiglio degli Stati incluse le elezioni suppletive, le elezioni dei tribunali distrettuali e di circolo (elezioni del Gran Consiglio e elezioni del presidente e del supplente), nonché le votazioni in affari cantonali;
- b) dalla commissione amministrativa:
le elezioni suppletive nel distretto e le votazioni in affari relativi ai tribunali distrettuali;
- c) dal consiglio di circolo:
le rimanenti elezioni di circolo e le elezioni suppletive nel circolo, nonché le votazioni in affari di circolo;
- d) dall'organo della corporazione competente:
l'elezione e l'elezione suppletiva dei presidenti delle corporazioni regionali.

² L'autorità che indice le elezioni o le votazioni rende pubblicamente nota la data dell'elezione o della votazione ed emana le direttive necessarie per lo svolgimento.

Art. 16

Il rinnovo delle nomine ha luogo nelle seguenti date:

Date delle
elezioni

- a) le elezioni del Governo e di circolo (elezioni del Gran Consiglio e elezione del presidente di circolo, nonché del supplente) per il periodo di carica a partire dal 1° gennaio dell'anno seguente rispettivamente dal 1° agosto dell'anno in corso contemporaneamente di regola a maggio o giugno;
- b) le elezioni dei tribunali distrettuali di regola nei mesi di marzo, aprile, maggio o giugno per il periodo di carica a partire dal 1° gennaio dell'anno seguente;
- c) le elezioni del Consiglio degli Stati contemporaneamente alle elezioni del Consiglio nazionale e per lo stesso periodo di carica di regola la penultima domenica di ottobre;
- d) l'elezione dei presidenti delle corporazioni regionali di regola sei mesi prima dello scadere del periodo di carica.

1. Rinnovo delle
nomine

Art. 17

¹ Se un posto diventa vacante prima dello scadere del periodo di carica, l'autorità competente indice entro due mesi un'elezione suppletiva per il periodo di carica rimanente.

2. Elezioni
suppletive

² Si rinuncia ad un'elezione suppletiva per il resto del periodo di carica se essa si rende necessaria soltanto due mesi prima del rinnovo delle nomine o più tardi.

³ Si può rinunciare ad elezioni suppletive nel distretto.

⁴ Se entro due mesi si devono effettuare più elezioni suppletive, queste possono essere effettuate in blocco.

Art. 18

Un eventuale secondo turno elettorale deve essere effettuato al più tardi tre settimane dopo il primo turno.

Secondo turno
elettorale

Art. 19

Per ragioni importanti il Governo può decretare nel singolo caso deroghe ai termini suddetti.

Eccezioni

3. MATERIALE ELETTORALE E DI VOTO

Art. 20

Il materiale elettorale e di voto viene preparato e recapitato per tempo ai comuni:

Messa a
disposizione

- a) dalla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni federali e cantonali;

- b) dall'ufficio distrettuale in caso di elezioni e votazioni relative ai tribunali distrettuali;
- c) dall'ufficio di circolo in caso di elezioni e votazioni di circolo;
- d) dall'autorità competente della corporazione regionale in caso di elezione del presidente.

Art. 21

Documentazione Il materiale elettorale e di voto comprende:

- a) in caso di elezioni federali (elezioni del Consiglio nazionale) le schede elettorali e il libretto della votazione federale, in caso di votazioni su oggetti federali le schede di voto, i testi in votazione e le spiegazioni del Consiglio federale;
- b) in caso di elezioni cantonali le schede elettorali, in caso di votazioni su oggetti cantonali le schede di voto, i testi in votazione e le spiegazioni del Gran Consiglio;
- c) in caso di elezioni dei tribunali distrettuali e di elezioni di circolo le schede elettorali, in caso di votazioni distrettuali e di circolo le schede di voto, i testi in votazione e le spiegazioni della commissione amministrativa rispettivamente del consiglio di circolo;
- d) in caso di elezione dei presidenti delle corporazioni regionali le schede elettorali.

Art. 22

Contenuto Le spiegazioni del Gran Consiglio contengono una proposta motivata. Nella motivazione devono essere adeguatamente riportate le considerazioni di una importante minoranza del Gran Consiglio. In caso di iniziative e di referendum si deve tenere conto delle opinioni principali dei promotori.

Art. 23

Lingua Il materiale per le votazioni cantonali viene pubblicato in lingua tedesca, romancia e italiana e spedito ai comuni a seconda della loro appartenenza linguistica. Gli aventi diritto di voto possono comunicare alla sovrastanza comunale in quale lingua desiderano ricevere il materiale di voto.

Art. 24

Invio ¹ I comuni provvedono affinché ogni avente diritto di voto riceva il materiale di voto (testi in votazione, spiegazioni, schede di voto, carta di legittimazione, materiale per il voto per corrispondenza) al più presto quattro e al più tardi tre settimane prima del giorno della votazione.

² Per le elezioni le schede elettorali, la carta di legittimazione e il materiale per il voto per corrispondenza devono essere inviati ad ogni avente diritto di voto al più presto quattro settimane e al più tardi dieci giorni prima del giorno dell'elezione.

4. ESERCIZIO DEL DIRITTO DI VOTO

Art. 25

¹ Consegnando la carta di legittimazione, gli aventi diritto di voto possono deporre il proprio voto personalmente nell'urna, per tempo presso un ufficio designato dal comune o votare per corrispondenza. Il voto per corrispondenza è ammesso a partire dalla ricezione del materiale di voto.

Modalità
1. In affari
federali,
cantionali,
regionali e
distrettuali

² Gli aventi diritto di voto che per invalidità o altre ragioni sono durevolmente impossibilitati a svolgere personalmente le necessarie operazioni di voto, possono autorizzare una persona avente diritto di voto a loro scelta.

³ Il Governo può autorizzare totalmente o parzialmente il voto elettronico nella misura in cui siano soddisfatte le condizioni necessarie per il rilevamento di tutti i voti, nonché per la garanzia del segreto di voto e l'esclusione di abusi.

Art. 26

¹ Qualora la legislazione dei circoli preveda la votazione alle urne, l'esercizio del diritto di voto si conforma all'articolo 25.

2. In affari di
circolo

² In caso contrario l'esercizio del diritto di voto avviene nell'assemblea di circolo o nei comuni.

Art. 27

¹ Per l'esercizio del diritto di voto devono essere utilizzate le schede elettorali e di voto ufficiali.

Schede elettorali
e di voto

² Le schede elettorali e di voto devono essere compilate rispettivamente modificate personalmente e a mano. E' fatto salvo l'articolo 25 capoverso 2.

Art. 28

¹ Il giorno della votazione o dell'elezione i seggi devono rimanere aperti almeno mezz'ora e venire chiusi al più tardi alle ore 12.

Votazione alle
urne

² I comuni devono inoltre permettere agli aventi diritto di voto l'esercizio del diritto di voto, tramite busta chiusa, nell'urna oppure presso un ufficio durante le ore d'ufficio, almeno in due dei quattro giorni precedenti quello della votazione o dell'elezione.

1. Orari di
apertura dei
seggi, voto
anticipato

Art. 29

¹ Per ogni urna due membri dell'ufficio elettorale o due persone designate da questo provvedono ad un regolare svolgimento delle votazioni.

2. Controllo delle
urne

² Le urne devono essere tenute sotto chiave al di fuori degli orari di apertura e possono venire aperte e svuotate solo immediatamente prima dell'inizio dello spoglio.

Art. 30

Locali di voto

Il locale di voto non può essere utilizzato contemporaneamente per altri scopi. Anche gli accessi al locale di voto non possono essere ostacolati da altre operazioni o altri eventi. In particolare è vietata la raccolta di firme.

**5. DETERMINAZIONE DEL RISULTATO
DELL'ELEZIONE E DELLA VOTAZIONE**

Art. 31

Spoglio

1. Momento,
mezzi

¹ Dopo la chiusura dei seggi si deve iniziare immediatamente con lo spoglio dei voti. Vengono prese in considerazione le schede elettorali e di voto che si trovano nelle urne o che sono pervenute fino a quel momento.

² Le schede elettorali e di voto pervenute prima del giorno della votazione possono venire contate a partire dal venerdì. In casi eccezionali, con un'autorizzazione della Cancelleria dello Stato, lo spoglio può essere iniziato già prima.

³ E' consentito l'impiego di strumenti meccanici o elettronici per il rilevamento automatico e la determinazione automatica delle schede elettorali e di voto se queste procedure sono altrettanto affidabili. Il Governo può disporre il loro impiego.

Art. 32

2. Valori da
rilevare

Devono essere rilevati:

- a) il numero degli aventi diritto di voto;
- b) il numero dei votanti (delle schede elettorali o di voto pervenute);
- c) il numero delle schede elettorali o di voto in bianco, nulle e valide;
- d) in caso di votazioni su oggetti: il numero dei sì e dei no, nonché il risultato di una eventuale domanda sussidiaria;
- e) in caso di elezioni: il numero dei suffragi ottenuti da ciascun candidato.

Art. 33

3. Schede
elettorali o di
voto bianche

Le schede elettorali o di voto sono considerate bianche se non riportano alcun nome rispettivamente alcuna risposta alla domanda posta in votazione. Se una scheda di voto contiene più domande, le domande senza risposta sono considerate come voti in bianco.

Art. 34

4. Schede
elettorali o di
voto nulle

¹ Le schede elettorali o di voto sono nulle se:

- a) non sono quelle ufficiali;
- b) non sono compilate a mano;
- c) contengono espressioni ingiuriose o contrassegni manifesti;

- d) sono illeggibili o comunque non esprimono chiaramente la volontà del votante;
- e) mancano parti essenziali;
- f) figurano indicazioni come "finora" e simili.

² In caso di voto per corrispondenza le schede elettorali o di voto sono inoltre nulle se:

- a) la carta di legittimazione non è allegata o firmata;
- b) la busta di trasmissione non è stata imbucata nella bucalettere designata dal Comune oppure giunge in ritardo;
- c) la busta di trasmissione non è chiusa;
- d) la busta di trasmissione contiene più buste di voto che carte di legittimazione;
- e) la busta di trasmissione oppure la busta di voto per la medesima elezione o votazione contiene più schede elettorali o di voto di contenuto diverso, ma soltanto una carta di legittimazione. Se il loro contenuto è uguale, una di esse è valida;
- f) in caso di rappresentanza di persone portatrici di handicap (invalidi) il voto per corrispondenza non è avvenuto tramite la persona di fiducia autorizzata.

Art. 35

¹ Un suffragio è nullo se:

- a) viene dato ad una persona non eleggibile;
- b) viene dato ad una persona già figurante sulla stessa scheda (cumulazione);
- c) permangono dubbi riguardo alla sua attribuzione.

5. Suffragi nulli
in caso di elezioni

² Se una scheda elettorale contiene più nomi validi rispetto al numero di persone da eleggere, i suffragi eccedenti sono nulli. I nomi vengono cancellati dal basso verso l'alto e da destra verso sinistra.

Art. 36

¹ L'ufficio elettorale comunica immediatamente per telefono i risultati comunali:

Comunicazione
dei risultati

- a) alla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni federali e cantonali;
- b) all'ufficio distrettuale in caso di elezioni e votazioni relative ai tribunali distrettuali;
- c) all'ufficio di circolo in caso di elezioni e votazioni di circolo;
- d) all'autorità competente della corporazione regionale in caso di elezione dei presidenti delle corporazioni regionali.

² L'ufficio elettorale redige inoltre per ogni votazione un verbale con le indicazioni ai sensi dell'articolo 32 e lo trasmette immediatamente, unitamente alle schede elettorali o di voto, agli uffici competenti.

³ Il giorno dell'elezione gli uffici di circolo comunicano immediatamente per telefono alla Cancelleria dello Stato, ed il giorno seguente anche per iscritto, i risultati delle elezioni di circolo.

⁴ Il giorno seguente all'elezione gli uffici distrettuali comunicano per iscritto alla Cancelleria dello Stato i risultati delle elezioni dei tribunali distrettuali. Lo stesso vale per le autorità competenti delle corporazioni regionali in caso di elezione dei presidenti delle corporazioni.

Art. 37

Somma dei
risultati comunali

¹ La Cancelleria dello Stato determina il risultato cantonale delle elezioni e votazioni federali e cantonali addizionando i risultati comunali e redige un verbale.

² In caso di elezioni e votazioni nel distretto il compito spetta all'ufficio distrettuale, in caso di elezioni e votazioni nel circolo all'ufficio di circolo e in caso di elezione del presidente della corporazione regionale all'autorità competente della corporazione.

Art. 38

Valutazione dei
risultati
1. Votazioni su
oggetti

¹ Una proposta in votazione è accolta se il numero dei sì supera quello dei no. Suffragi in bianco e nulli non entrano in considerazione.

² Se il testo in votazione permette di accettare due proposte alternative ed entrambe ottengono più sì rispetto ai no, è determinante una domanda sussidiaria.

Art. 39

2. Elezioni
a. Maggioranza
richiesta

¹ Risulta eletto chi ottiene la maggioranza assoluta nel primo turno elettorale. Il totale di tutti i suffragi validi ottenuti dai candidati viene diviso per il doppio dei seggi vacanti. Il numero intero immediatamente superiore è la maggioranza assoluta.

² Se più persone ottengono la maggioranza assoluta rispetto ai seggi da occupare, vengono eletti i candidati con il numero di voti più alto.

Art. 40

b. Secondo turno
elettorale

Se in un'elezione individuale non viene eletto nessun candidato o se in elezioni collettive vengono eletti meno candidati rispetto al numero di seggi da occupare, si effettua un secondo turno elettorale libero. Vengono eletti quei candidati che hanno raccolto il maggior numero di suffragi (maggioranza relativa).

Art. 41

c. Sorteggio

¹ Se più persone ottengono lo stesso numero di voti, la sorte decide sull'elezione oppure sulla successione nella graduatoria elettorale. Il sorteggio è effettuato:

- a) dal Governo in caso di elezioni cantonali;
- b) dalla commissione amministrativa in caso di elezioni dei tribunali distrettuali;
- c) dal consiglio di circolo in caso di elezioni di circolo;
- d) dall'autorità competente della corporazione in caso di elezione del presidente della corporazione regionale.

² Per quanto possibile gli interessati vengono invitati al sorteggio. Per il resto l'autorità competente stabilisce la procedura.

6. CONCLUSIONE DELLA PROCEDURA

Art. 42

I risultati provvisori delle elezioni e delle votazioni cantonali vengono pubblicati immediatamente dalla Cancelleria dello Stato, quelli delle elezioni e votazioni a livello distrettuale e di circolo dall'ufficio distrettuale rispettivamente dall'ufficio di circolo e quelli dell'elezione del presidente della corporazione regionale dall'autorità competente della corporazione.

Publicazione 1.
Risultato
provvisorio

Art. 43

¹ Se la differenza dei voti ottenuti dall'ultima persona eletta e dalla prima non eletta rispettivamente tra i sì e i no nel risultato complessivo provvisorio di una elezione o votazione ammonta a meno dello 0,3 per cento delle schede di voto valide consegnate, deve essere eseguito d'ufficio un secondo conteggio.

2. Secondo
conteggio

² Per il resto se sussistono indizi concreti di irregolarità, un secondo conteggio viene ordinato dal Governo in caso di elezioni e votazioni cantonali, dalla commissione amministrativa rispettivamente dal consiglio di circolo in caso di elezioni e votazioni a livello distrettuale e di circolo e dall'autorità competente della corporazione in caso di elezione del presidente della corporazione regionale.

³ Il secondo conteggio può venire eseguito a livello centrale dalla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni cantonali, dall'ufficio distrettuale rispettivamente dall'ufficio di circolo in caso di elezioni e votazioni a livello distrettuale e di circolo e dall'autorità competente della corporazione in caso di elezione del presidente della corporazione regionale, oppure nei comuni su disposizione di questi uffici.

Art. 44

¹ In base ai verbali dei comuni o ad un eventuale secondo conteggio i risultati consolidati delle elezioni e delle votazioni cantonali vengono pubblicati dalla Cancelleria dello Stato nel Foglio ufficiale cantonale con l'indicazione relativa al diritto di ricorso.

3. Risultato
consolidato

² In caso di elezioni e votazioni a livello distrettuale e di circolo la pubblicazione compete all'ufficio distrettuale rispettivamente all'ufficio di circolo, in caso di elezione del presidente della corporazione regionale all'autorità competente della corporazione, nel rispettivo organo di pubblicazione.

Art. 45

Accertamento

Scaduto il termine d'impugnazione o evasi i ricorsi, il Governo accerta in modo vincolante il risultato delle elezioni del Consiglio degli Stati e delle votazioni cantonali e il Gran Consiglio quello delle elezioni dei Consiglieri di Stato.

Art. 46

Accettazione
della nomina

¹ Ha accettato la nomina chi entro otto giorni dalla pubblicazione ufficiale del risultato non la declina con comunicazione scritta al Governo rispettivamente alla commissione amministrativa, al consiglio di circolo o all'autorità competente della corporazione.

² In caso di incompatibilità fra due cariche l'accettazione della nomina implica la rinuncia alla carica precedente incompatibile con la nuova.

³ Se più persone vengono nominate contemporaneamente in un'autorità, della quale non possono far parte allo stesso tempo, è valida la nomina della persona che era finora in carica o, in caso di nuova nomina contemporanea, della persona che ha ottenuto più voti. In caso di elezione suppletiva la persona già in carica ha la precedenza su quella neoeletta.

Art. 47

Elezione
complementare

Un seggio divenuto vacante in seguito a rinuncia della persona eletta viene attribuito secondo le disposizioni valide per le elezioni suppletive.

III. Sospensione e destituzione

Art. 48

Competenza,
motivi

Con una maggioranza di tre quarti dei membri, il Gran Consiglio può destituire un membro del Gran Consiglio o del Governo prima della scadenza del suo mandato se:

- a) intenzionalmente o per negligenza grave, ha violato gravemente i suoi doveri d'ufficio;
- b) ha durevolmente perso la capacità di esercitare il suo ufficio o
- c) è stato condannato con sentenza definitiva a causa di un crimine.

Art. 49

¹ Il Gran Consiglio avvia d'ufficio o su denuncia una procedura di destituzione se viene a conoscenza di un motivo di destituzione.

Procedura
1. Avvio,
istruzione

² L'istruzione del decreto d'avvio, lo svolgimento dell'istruttoria e l'istruzione della decisione finale competono alla Commissione di giustizia e sicurezza.

Art. 50

¹ La fattispecie deve essere rilevata d'ufficio.

2. Istruttoria

² Vengono applicate per analogia le disposizioni sui mezzi d'istruttoria, sull'obbligo di collaborazione degli interessati, sul diritto di essere ascoltato e di prendere visione degli atti nella procedura in materia amministrativa, contenute nella legge sulla procedura nelle pratiche amministrative e costituzionali.

Art. 51

Se vi sono indizi sufficienti per un motivo di destituzione ai sensi dell'articolo 48, il Gran Consiglio può decidere con la maggioranza di tre quarti dei membri una sospensione cautelativa con o senza riduzione o soppressione del versamento del salario.

3. Sospensione

Art. 52

Le decisioni vanno motivate e comunicate per iscritto agli interessati con un avvertimento circa i mezzi d'impugnazione.

4. Decisione

Art. 53

Le decisioni del Gran Consiglio concernenti la sospensione e la destituzione possono venire impugnate presso il Tribunale amministrativo entro 20 giorni dalla comunicazione.

5. Rimedi
giuridici

IV. Iniziativa

1. INIZIATIVA IN AFFARI CANTONALI

A. Inoltro e riuscita

a. Iniziativa popolare

Art. 54

Lista delle firme

¹ L'iniziativa si basa sulla raccolta di singole firme su liste appositamente concepite.

² Ogni lista delle firme deve contenere le seguenti indicazioni:

- a) il nome del comune in cui i firmatari della lista hanno diritto di voto;
- b) il titolo e il testo dell'iniziativa;
- c) la data di pubblicazione nel Foglio ufficiale cantonale;
- d) una clausola di ritiro incondizionata;
- e) il nome e l'indirizzo di almeno sette promotori dell'iniziativa aventi diritto di voto (comitato d'iniziativa);
- f) l'avvertenza secondo cui è punibile chiunque, senza diritto, firmi una domanda d'iniziativa o alteri il risultato di una raccolta di firme per un'iniziativa popolare (art. 282 CP) oppure chiunque si renda colpevole di corruzione attiva o passiva nell'ambito della medesima (art. 281 CP);
- g) l'attestazione del diritto di voto dei firmatari.

³ Il titolo dell'iniziativa non può trarre in inganno, essere ingiurioso o eccessivamente lungo, contenere pubblicità commerciale o personale e dare adito a confusione.

Art. 55

Esame
preliminare

¹ Prima della raccolta delle firme il comitato d'iniziativa inoltra alla Cancelleria dello Stato la lista per le firme, per l'esame preliminare formale.

² Se il titolo dell'iniziativa o la forma della lista per le firme non è conforme alle prescrizioni legali, la Cancelleria dello Stato decide le modifiche necessarie dopo aver sentito il comitato d'iniziativa.

Art. 56

Deposito della
lista delle firme,
pubblicazione

¹ Prima della raccolta delle firme la lista definitiva per le firme deve essere depositata presso la Cancelleria dello Stato.

² La Cancelleria dello Stato pubblica il titolo, il testo e il nome dei promotori dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 57

¹ L'avente diritto di voto deve apporre a mano e in modo leggibile il proprio nome sulla lista delle firme ed aggiungere la firma autografa.

Firma

² Gli aventi diritto di voto incapaci di scrivere possono far apporre il proprio nome da una persona avente diritto di voto a loro scelta. Questa appone la propria firma accanto al nome della persona incapace di scrivere e serba il silenzio sul contenuto delle istruzioni ricevute.

³ L'avente diritto di voto deve fornire tutti gli ulteriori dati necessari all'accertamento della sua identità come i nomi, la data di nascita e l'indirizzo.

⁴ L'avente diritto di voto può firmare l'iniziativa una volta soltanto.

Art. 58

¹ Le liste delle firme vanno inoltrate in tempo utile prima della decorrenza del termine di raccolta al responsabile del catalogo elettorale del comune in cui i firmatari hanno il diritto di voto.

Attestazione del
diritto di voto

² Il responsabile del catalogo elettorale attesta che i firmatari del comune annotato sulla lista delle firme, hanno diritto di voto in affari cantonali e restituisce immediatamente le liste ai mittenti. I nomi dei firmatari, che non hanno diritto di voto nel comune, vengono precedentemente cancellati dal responsabile del catalogo elettorale.

³ L'attestazione deve indicare in parole o cifre il numero delle firme valide, essere datata, recare la firma autografa del responsabile del catalogo elettorale ed essere contrassegnata dal timbro ufficiale.

⁴ L'attestazione del diritto di voto viene rilasciata se, nel giorno in cui la lista delle firme viene inoltrata per l'attestazione, il firmatario è iscritto nel catalogo elettorale. L'attestazione può essere eseguita in blocco per più liste.

⁵ Le attestazioni rilasciate prima della pubblicazione dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale sono nulle.

Art. 59

¹ L'attestazione del diritto di voto è negata se non sono adempiuti i presupposti di cui agli articoli 57 e 58 capoversi 1 e 4.

Diniego
dell'attestazione
del diritto di voto

² Se gli aventi diritto di voto hanno firmato più volte, viene convalidata una sola firma.

³ Il motivo del diniego va indicato sulla lista delle firme.

Art. 60

Inoltro

¹ Le liste delle firme devono essere inoltrate in blocco alla Cancelleria dello Stato al più tardi un anno dopo la pubblicazione del testo dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale. Con l'inoltro si conclude la raccolta delle firme.

² Le liste delle firme inoltrate non vengono restituite e non possono essere consultate.

Art. 61

Riuscita

¹ La Cancelleria dello Stato esamina se le liste delle firme corrispondono a quella depositata, sono state inoltrate nei termini e soddisfano le prescrizioni formali.

² Essa accerta il numero totale delle firme valide.

³ Sono nulle le firme sulle liste che non soddisfano i requisiti di cui agli articoli 54, 58 capoverso 1 o 60, nonché quelle di firmatari il cui diritto di voto non è stato attestato o lo è stato invalidamente o a torto.

⁴ La Cancelleria dello Stato presenta rapporto al Governo sull'esito dell'esame e presenta l'istanza sulla riuscita dell'iniziativa.

⁵ Il Governo decide sulla riuscita dell'iniziativa. La decisione deve essere pubblicata nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 62

Ritiro

¹ Ogni iniziativa può essere ritirata dal comitato d'iniziativa. La dichiarazione di ritiro è vincolante se è firmata dalla maggioranza assoluta dei membri aventi diritto di voto del comitato d'iniziativa.

² Il ritiro è ammesso fino al momento in cui viene fissata la data della votazione popolare. In caso di iniziativa in forma generica, approvata dal Gran Consiglio, il ritiro è ammesso sino all'emanazione del decreto di approvazione.

³ Il ritiro deve essere notificato alla Cancelleria dello Stato all'attenzione del Gran Consiglio.

b. Iniziativa dei comuni

Art. 63

Competenza,
requisiti formali

¹ Le iniziative dei comuni vengono realizzate con decisioni concordi da parte delle sovrananze comunali, nella misura in cui il diritto comunale non preveda una regolamentazione diversa. Queste decisioni non sono soggette a referendum.

² Le decisioni devono contenere le seguenti indicazioni:

a) il titolo e il testo dell'iniziativa;

- b) una clausola di ritiro incondizionata;
- c) il nome del comune responsabile.

³ Il titolo dell'iniziativa non può trarre in inganno, essere ingiurioso o eccessivamente lungo, contenere pubblicità commerciale o personale e dare adito a confusione.

Art. 64

¹ Il comune responsabile inoltra alla Cancelleria dello Stato il titolo dell'iniziativa per l'esame preliminare formale.

Esame
preliminare

² Se il titolo dell'iniziativa non è conforme alle prescrizioni legali, la Cancelleria dello Stato decide le modifiche necessarie dopo aver sentito il comune responsabile.

Art. 65

¹ Prima della decisione da parte delle sovrananze comunali il comune responsabile deposita presso la Cancelleria dello Stato il titolo e il testo definitivo dell'iniziativa.

Pubblicazione

² Il titolo e il testo dell'iniziativa, nonché il nome del comune responsabile vengono pubblicati dalla Cancelleria dello Stato nel Foglio ufficiale cantonale.

³ Le decisioni comunali prese prima della pubblicazione dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale sono nulle.

Art. 66

¹ Il comune responsabile deve inoltrare in blocco alla Cancelleria dello Stato l'iniziativa, le decisioni comunali ed i relativi estratti dei verbali al più tardi un anno dopo la pubblicazione del testo dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale.

Inoltro e riuscita

² La Cancelleria dello Stato esamina se l'iniziativa è stata inoltrata nei termini e se soddisfa le prescrizioni formali.

³ Essa presenta rapporto al Governo sull'esito dell'esame e presenta l'istanza sulla riuscita dell'iniziativa.

⁴ Il Governo accerta la riuscita dell'iniziativa e pubblica la sua decisione nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 67

¹ Ogni iniziativa dei comuni può essere ritirata.

Ritiro
dell'iniziativa

² Il ritiro dell'iniziativa dei comuni è deciso se la relativa decisione viene ritirata da così tanti comuni da non essere più soddisfatto il quorum

necessario ai sensi dell'articolo 12 capoverso 1 rispettivamente 2 della Costituzione cantonale.

³ Si applica per analogia l'articolo 62 capoversi 2 e 3.

B. Trattazione e votazione

Art. 68

Trattazione in
Gran Consiglio

Entro un anno dall'inoltro il Governo sottopone al Gran Consiglio le iniziative riuscite, unitamente al proprio messaggio.

Art. 69

Iniziativa in
forma elaborata

¹ Se il Gran Consiglio approva un'iniziativa in forma elaborata senza controprogetto, l'iniziativa viene considerata come una decisione propria soggetta a referendum.

² Se il Gran Consiglio approva l'iniziativa e presenta un controprogetto, si tiene una votazione popolare. Nelle spiegazioni viene esposto che il Gran Consiglio predilige il controprogetto.

³ Se il Gran Consiglio respinge l'iniziativa con o senza controprogetto, si tiene una votazione popolare.

Art. 70

Iniziativa in
forma generica
1. Votazione
popolare

¹ Se il Gran Consiglio respinge un'iniziativa in forma generica con o senza controprogetto, si tiene una votazione popolare.

² Se il Gran Consiglio approva un'iniziativa in forma generica e presenta un controprogetto, si tiene una votazione popolare. Nelle spiegazioni viene esposto che il Gran Consiglio predilige il controprogetto.

³ Se il Gran Consiglio approva un'iniziativa in forma generica senza controprogetto, non si tiene una votazione popolare.

Art. 71

2. Esecuzione

¹ Se il Popolo o il Gran Consiglio approva un'iniziativa in forma generica, il Governo sottopone al Gran Consiglio un progetto elaborato entro un anno dall'approvazione.

² Se il Gran Consiglio approva il progetto senza controprogetto, questo viene considerato come una decisione propria soggetta a referendum.

³ Se il Gran Consiglio approva il progetto e presenta un controprogetto, si tiene una votazione popolare. Nelle spiegazioni viene esposto che il Gran Consiglio predilige il controprogetto.

⁴ Se il Gran Consiglio respinge il progetto con o senza controprogetto, si tiene una votazione popolare.

Art. 72

¹ Se il Gran Consiglio contrappone un controprogetto a un'iniziativa o a un progetto elaborato in esecuzione di una proposta generica, sulla stessa scheda di voto si porranno agli aventi diritto di voto le seguenti domande:

Procedura in caso
di doppia
votazione

1. Accettate l'iniziativa/il progetto?
2. Accettate il controprogetto del Gran Consiglio?
3. Nel caso in cui venissero accettati sia l'iniziativa/il progetto che il controprogetto:
Deve entrare in vigore l'iniziativa /il progetto oppure il controprogetto?

² La maggioranza assoluta viene determinata separatamente per ciascuna domanda. Le domande senza risposta non vengono considerate.

³ Se vengono accettati sia l'iniziativa popolare/il progetto che il controprogetto, è decisivo il risultato della terza domanda. Entra in vigore la proposta che a questa domanda ha ottenuto il maggior numero di voti.

⁴ Se l'iniziativa/il progetto e il controprogetto ottengono lo stesso numero di voti, la preferenza viene data alla proposta che:

- a) presenta la maggiore differenza di voti nella domanda principale;
- b) ottiene meno no nella domanda principale se la differenza di voti è uguale.

⁵ Se sia la differenza di voti che il numero dei no sono uguali, decide il sorteggio effettuato dal Governo.

2. INIZIATIVA IN AFFARI DI CIRCOLO E COMUNALI

Art. 73

I circoli e i comuni garantiscono l'esercizio del diritto d'iniziativa ai sensi delle disposizioni seguenti. Essi possono ampliarlo, in particolare riducendo il numero di firme necessarie o permettendo l'iniziativa sotto forma di progetto elaborato.

Principio

Art. 74

Le disposizioni sul diritto di iniziativa nei comuni valgono analogamente per i circoli. I circoli in cui per le votazioni su oggetti non è competente l'assemblea di circolo sono equiparati ai comuni senza assemblea comunale.

Iniziativa in affari
di circolo

Art. 75

¹ Una iniziativa sotto forma di proposta generica può:

- a) venire inoltrata alla sovrastanza comunale da almeno un quarto degli aventi diritto di voto oppure

Iniziativa in
comuni con
assemblea
comunale

- b) venire dichiarata rilevante come mozione dall'assemblea comunale su proposta di un avente diritto di voto.

² Entro un anno al massimo, la sovrastanza comunale deve presentare alla prossima assemblea comunale ordinaria un progetto elaborato, una perizia ed eventualmente un controprogetto per un oggetto di sua competenza.

Art. 76

Iniziativa in
comuni senza
assemblea
comunale

¹ Nei comuni senza assemblea comunale l'iniziativa può essere inoltrata alla sovrastanza comunale da almeno il 15 per cento degli aventi diritto di voto.

² Se l'iniziativa contiene una proposta generica su un oggetto di competenza del Popolo, la sovrastanza comunale deve sottoporre l'iniziativa a votazione popolare entro un anno dall'inoltro, unitamente ad una perizia ed eventualmente a un controprogetto. Nel caso in cui il dibattito preliminare spetti al consiglio comunale, il termine è di un anno e mezzo.

³ Se la sovrastanza comunale o il consiglio comunale, qualora il dibattito preliminare spetti a quest'ultimo, accetta l'iniziativa, non si tiene la votazione popolare.

⁴ Se il Popolo o la sovrastanza comunale rispettivamente il consiglio comunale accetta un'iniziativa, la sovrastanza comunale elabora un relativo progetto. Questo progetto, unitamente ad una perizia ed eventualmente un controprogetto, deve essere sottoposto a votazione popolare entro un anno dall'accettazione dell'iniziativa o entro un anno e mezzo, se il dibattito preliminare spetta al consiglio comunale.

Art. 77

Iniziativa non
conforme al
diritto

¹ Le iniziative di contenuto non conforme al diritto non vengono sottoposte a votazione popolare.

² La sovrastanza comunale o il consiglio comunale, qualora il dibattito preliminare spetti a quest'ultimo, comunicano per iscritto la loro decisione motivata ai promotori.

V. Procedura per il referendum facoltativo in affari cantonali

1. REFERENDUM POPOLARE

Art. 78

Pubblicazione

Le leggi ed i decreti del Gran Consiglio che sottostanno al referendum facoltativo devono essere pubblicati nel Foglio ufficiale cantonale al termine della sessione del Gran Consiglio. La pubblicazione indica la

possibilità del referendum facoltativo e la scadenza del termine di referendum.

Art. 79

¹ L'adesione al referendum avviene mediante firme singole sulle relative liste. Lista delle firme

² Le liste delle firme possono avere per oggetto solo una legge o un decreto.

³ Ogni lista delle firme deve contenere le seguenti indicazioni:

- a) il nome del comune in cui i firmatari della lista hanno diritto di voto;
- b) la denominazione della legge o del decreto con data d'approvazione da parte del Gran Consiglio;
- c) la domanda d'attuazione di una votazione popolare su tale legge o decreto;
- d) l'avvertenza secondo cui è punibile chiunque, senza diritto, partecipi ad un referendum o alteri il risultato di una raccolta di firme per un referendum (art. 282 CP) oppure chiunque si renda colpevole di corruzione attiva o passiva nell'ambito della medesima (art. 281 CP).

Art. 80

Le disposizioni sulla firma (art. 57), sulle attestazioni del diritto di voto (art. 58) e sul diniego delle attestazioni (art. 59), valide per l'iniziativa popolare, fanno stato per analogia anche per il referendum popolare. Norme complementari

Art. 81

¹ Le liste delle firme devono essere inoltrate in blocco alla Cancelleria dello Stato entro 90 giorni dalla pubblicazione della legge o del decreto nel Foglio ufficiale cantonale. Con l'inoltro si conclude la raccolta delle firme. Inoltro, esclusione, ritiro

² Le liste delle firme inoltrate non vengono restituite e non possono essere consultate.

³ Non è ammesso il ritiro di un referendum.

Art. 82

¹ La Cancelleria dello Stato esamina se le liste delle firme sono state inoltrate nei termini e soddisfano le prescrizioni formali. Riuscita

² Essa accerta il numero totale delle firme valide.

³ Sono nulle le firme sulle liste che non soddisfano i requisiti di cui all'articolo 58 capoverso 1 in unione con gli articoli 80 o 81, nonché quelle di firmatari il cui diritto di voto non è stato attestato o lo è stato invalidamente o a torto.

⁴ La Cancelleria dello Stato presenta rapporto al Governo sull'esito dell'esame e presenta l'istanza sulla riuscita del referendum.

⁵ Il Governo decide sulla riuscita del referendum.

Art. 83

Votazione
popolare

Se il referendum è riuscito, il Governo indice la votazione popolare e pubblica la sua decisione nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 84

Mancata riuscita

Se non viene presentato un referendum oppure esso non è valido, il Governo dichiara che la legge o il decreto ha acquistato effetto esecutivo. Questa decisione deve essere pubblicata nel Foglio ufficiale cantonale.

2. REFERENDUM DEI COMUNI

Art. 85

Pubblicazione

La disposizione valida per il referendum popolare sulla pubblicazione ufficiale delle leggi e dei decreti del Gran Consiglio (art. 78) si applica per analogia anche al referendum dei comuni.

Art. 86

Competenza,
requisiti formali

¹ I referendum dei comuni ai sensi dell'articolo 17 della Costituzione cantonale vengono realizzati con decisioni concordi da parte delle sovrananze comunali, nella misura in cui il diritto comunale non preveda una regolamentazione diversa.

² La decisione della sovrananza comunale deve contenere la legge o il decreto del Gran Consiglio contro la quale o il quale viene presentato il referendum, nonché il nome del comune responsabile.

Art. 87

Inoltro,
ritiro

¹ Il referendum, le decisioni comunali ed i relativi estratti dei verbali devono essere inoltrati dal comune responsabile alla Cancelleria dello Stato entro 90 giorni dalla pubblicazione ufficiale della legge o del decreto del Gran Consiglio.

² Un referendum non può essere ritirato.

Art. 88

Riuscita

¹ Allo scadere del termine di referendum la Cancelleria dello Stato esamina se il referendum è stato presentato nei termini e se soddisfa le prescrizioni formali.

² Essa presenta rapporto al Governo sull'esito dell'esame e presenta l'istanza sulla riuscita del referendum.

³ Il Governo decide sulla riuscita del referendum.

Art. 89

Se il referendum è riuscito, si applicano per analogia le disposizioni valide per il referendum popolare sulla indizione e sullo svolgimento della votazione popolare (art. 83).

Votazione popolare

Art. 90

Se non viene presentato un referendum oppure esso non è valido, l'ulteriore procedura si conforma alle disposizioni valide per il referendum popolare (art. 84).

Mancata riuscita

3. REFERENDUM A POSTERIORI PER LEGGI URGENTI

Art. 91

La pubblicazione ufficiale delle leggi urgenti, i requisiti formali del referendum, nonché la presentazione, l'esclusione del ritiro e la riuscita del referendum si conformano alle disposizioni valide per il referendum popolare rispettivamente dei comuni (art. 78 – art. 90).

Procedura

Art. 92

¹ Se il referendum sulla legge dichiarata urgente riesce, il Governo indice la votazione popolare. Questa decisione deve essere pubblicata nel Foglio ufficiale cantonale.

Votazione popolare

² Se la legge dichiarata urgente viene respinta dal Popolo, essa viene subito abrogata.

³ Una legge dichiarata urgente, non approvata in votazione popolare, non può più essere riproposta.

Art. 93

Se non viene presentato un referendum oppure esso non è valido, la legge dichiarata urgente rimane in vigore ed avviene una pubblicazione ufficiale.

Mancata riuscita

VI. Petizione

Art. 94

¹ Le petizioni ai sensi dell'articolo 33 della Costituzione federale devono essere inoltrate per iscritto.

Petizione

² Se l'inoltro non presenta irregolarità di forma o di contenuto, l'autorità interpellata decide se dar seguito alla stessa e, se del caso, in che modo. In caso contrario prende semplicemente atto del relativo inoltro.

³ Coloro che hanno inoltrato una petizione devono essere informati in modo adeguato sulla trattazione dell'istanza.

VII. Rimedi giuridici e disposizioni penali

Art. 95

Ricorso

¹ Può essere presentato ricorso al Governo:

- a) per violazione del diritto di voto giusta gli articoli 3 e 5 e gli articoli 58, 59 e 80 (ricorso di diritto di voto);
- b) per irregolarità nella preparazione o nello svolgimento di votazioni cantonali e elezioni del Consiglio degli Stati (ricorso di votazione e elezione);
- c) contro la decisione della Cancelleria dello Stato relativa alla modifica del titolo di un'iniziativa e la forma della lista delle firme.

² Può essere presentato ricorso al Gran Consiglio per violazione del diritto di voto e irregolarità nella preparazione o nello svolgimento delle elezioni del Gran Consiglio.

³ Può essere presentato ricorso alla commissione competente del Gran Consiglio per violazione del diritto di voto e irregolarità nella preparazione o nello svolgimento delle elezioni del Governo.

Art. 96

Legittimazione

Ogni avente diritto di voto del relativo circolo di elezione o votazione può presentare ricorso di diritto di voto, di elezione o di votazione.

Art. 97

Termine

I ricorsi alle autorità giusta l'articolo 95 devono essere presentati alla Cancelleria dello Stato entro tre giorni dalla rilevazione del motivo d'impugnazione, tuttavia non oltre il terzo giorno seguente la pubblicazione ufficiale dei risultati di un'elezione o votazione.

Art. 98

Atto di ricorso

¹ L'atto di ricorso deve contenere un'istanza e una breve motivazione.

² L'atto di ricorso deve essere firmato dal ricorrente o dal suo rappresentante.

Art. 99

Effetto
sospensivo

Al ricorso viene attribuito effetto sospensivo soltanto se questo è ordinato, d'ufficio o su proposta, dall'autorità di ricorso.

Art. 100

¹ Se l'autorità di ricorso accerta d'ufficio o su ricorso irregolarità, essa adotta, se possibile prima della conclusione della procedura di elezione o votazione, le disposizioni necessarie per la loro eliminazione. Decisione

² Se vi sono irregolarità che per genere o entità potevano influire in modo decisivo sul risultato, l'autorità di ricorso rettifica il risultato o annulla l'elezione o votazione.

³ L'autorità di ricorso respinge ricorsi senza ulteriore esame, se accerta che il genere o l'entità delle irregolarità contestate non potevano influire sul risultato dell'elezione o votazione.

Art. 101

¹ In caso di procedure di ricorso di diritto di voto, elezione e votazione non sono rimosse né spese procedurali né assegnate indennità alle parti. Sono esclusi dall'esonero delle spese i ricorsi temerari e sconsiderati. Ulteriori prescrizioni procedurali

² Per il resto sono applicabili le disposizioni della legge sulla procedura nelle pratiche amministrative e costituzionali, nella misura in cui ciò sia conciliabile con la natura particolare della procedura di elezione e votazione.

Art. 102

¹ Le decisioni del Governo, del Gran Consiglio e della Commissione competente del Gran Consiglio, nonché delle autorità delle corporazioni regionali, dei distretti, dei circoli e dei comuni sono soggette al ricorso dinanzi al Tribunale amministrativo per violazione dei diritti politici. Impugnazione dinanzi al Tribunale amministrativo

² La procedura si conforma alla legge sulla giustizia amministrativa nel Cantone dei Grigioni.

Art. 103

¹ I membri di autorità o uffici elettorali, nonché persone ausiliarie che violano obblighi intenzionalmente o per negligenza grave, che competono loro in base alla presente legge o alle disposizioni esecutive, vengono puniti con una multa. Disposizioni penali

² Il perseguimento e la valutazione delle infrazioni si conformano alla legge sulla giustizia penale.

VIII. Disposizioni finali

Art. 104

Il Governo emana le necessarie disposizioni esecutive, in particolare sulla tenuta del catalogo elettorale, l'indizione e lo svolgimento (esercizio del Esecuzione
1. Governo

diritto di voto, spoglio, comunicazione dei risultati) delle elezioni e delle votazioni, nonché sul diritto di iniziativa e di referendum.

Art. 105

2. Circoli

¹ I circoli disciplinano la procedura delle elezioni e votazioni in affari di circolo, per quanto la presente legge e il Governo non prevedano norme.

² I circoli, composti da un solo comune, possono stabilire che le competenze, spettanti secondo la presente legge alle autorità comunali nella procedura per le votazioni alle urne, in affari di circolo siano svolte interamente o parzialmente dalle autorità di circolo.

Art. 106

3. Comuni

I comuni emanano per il loro territorio le disposizioni complementari necessarie sulla procedura delle elezioni e votazioni in affari cantonali e di circolo.

Art. 107

4. Corporazioni regionali

Le corporazioni regionali emanano per il loro territorio le disposizioni complementari necessarie sulla procedura dell'elezione del presidente della corporazione.

Art. 108

Abrogazione del diritto previgente

Al momento dell'entrata in vigore della presente legge viene abrogata la legge sull'esercizio dei diritti politici nel Cantone dei Grigioni del 7 ottobre 1962.

Art. 109

Disposizioni transitorie

La presente legge è valida anche per procedure pendenti. Nella misura in cui l'autorità o l'ufficio amministrativo stia già trattando un affare, la loro competenza permane.

Art. 110

Referendum ed entrata in vigore

¹ La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

² Essa viene posta in vigore dal Governo dopo l'accettazione da parte della Confederazione.

In nome del Gran Consiglio

Il Presidente: *Hans Geisseler*

Il Cancelliere: *Claudio Riesen*

Data di pubblicazione:

23 giugno 2005

Scadenza del termine di referendum:

21 settembre 2005

Referendum facultativ

Scadenza dal termin da referendum: 21 da settember 2005

Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun

dals 17 da zercladur 2005

Il cussegl grond dal chantun Grischun, sa basond sin ils art. 9 al. 3, 21 al. 2 e 3 sco er 31 al. 1 da la constituziun chantunala, suenter avair gè invista da la missiva da la regenza dals 25 da schaner 2005, concluda:

I. Disposiziuns generalas

1. CHAMP D'APPLICAZIUN ED OBJECT

Art. 1

¹ La lescha regla:

- a) las elecziuns e las votaziuns en chaussas chantunalas, districtualas e cirquitalas sco er l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regiunalas;
- b) il diever dal dretg da referendum e d'iniziativa en chaussas chantunalas;
- c) il diever dal dretg d'iniziativa en chaussas cirquitalas e communalas.

Champ
d'applicaziun

² Per las votaziuns federalas e per las elecziuns dal cussegl naziunal sco er per il diever dal dretg da referendum e d'iniziativa en chaussas federalas po la lescha vegnir applitgada, uschenavant ch'il dretg federal surlascha als chantuns da reglar la procedura.

³ Confirm al senn vegn la lescha applitgada per votaziuns ed elecziuns en chaussas communalas, uschenavant ch'il dretg communal na dispona nagut.

Art. 2

Noziuns

¹ Eleccziuns chantunalas èn las eleccziuns da la regenza e dal cussegl dals chantuns; eleccziuns cirquitalas èn las eleccziuns da las commembras respectivamain dals commembers dal cussegl grond sco er da las ulteriuras autoritads cirquitalas e da las ulteriuras emploiadas cirquitalas respectivamain dals ulteriurs emploiads cirquitals che vegnan elegids dal pievel.

² Eleccziuns districtualas èn las eleccziuns da las commembras respectivamain dals commembers da las dretgiras districtualas.

³ Eleccziuns regiunalas èn las eleccziuns da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regiunalas.

2. DRETG DA VOTAR E D'ELEGER

Art. 3

Cuntegn,
premissas

¹ Il dretg da votar e d'eleger cumpiglia il dretg da sa participar a votaziuns ed ad eleccziuns, da sa laschar eleger sco er da suttascriber referendums ed iniziativas.

² Il dretg da votar e d'eleger sa drizza tenor la constituziun chantunala. Resalvadas restan las prescripziuns davart ils dretgs politics da las Svizras e dals Svizzers a l'exteriur tenor l'alineia 3.

³ La persuna ch'è autorisada – tenor la lescha federala davart ils dretgs politics da las Svizras e dals Svizzers a l'exteriur – dad exercitar ils dretgs politics en chaussas federalas en il chantun Grischun, po far quai er en chaussas chantunalas. Las premissas e la procedura sa drizzan tenor la lescha federala davart ils dretgs politics da las Svizras e dals Svizzers a l'exteriur e tenor questa lescha.

Art. 4

Lieu da diever
(domicil politic)

¹ Il diever dal dretg da votar e d'eleger succeda al domicil politic. Quel sa chatta en la vischnanca, en la quala la persuna cun dretg da votar abita ed è annunziata. Persunas vagantas voteschan en lur vischnanca burgaisa.

² La persuna che depona in auter attest (attest d'origin, attest provisorii e.u.v.), acquista mo il domicil politic, sch'ella cumprova ch'ella na saja betg registrada en il register electoral dal lieu, en il qual sa chatta il scrit d'origin.

³ Las prescripziuns davart ils dretgs politics da las Svizras e dals Svizzers a l'exteriur restan resalvadas.

Art. 5

Register electoral

¹ Las persunas cun dretg da votar ston vegnir inscrites al domicil politic en il register electoral che la vischnanca ha da manar. Inscrizziuns ed eliminaziuns ston vegnir fatgas d'uffizi.

² Avant in'elecziun u ina votaziun ston inscripziuns u eliminaziuns vegnir fatgas enfin il tschintgavel di avant il di d'elecziun u da votaziun, sch'igl è segir, che las premissas per la participaziun al di da votaziun èn ademplidas.

³ Il register electoral stat avert a las votantas respectivamain als votants per prender invista.

Art. 6

Tar elecziuns e votaziuns a l'urna sco er tar elecziuns e votaziuns secretas sto il secret da votaziun vegnir garantì senza restricziuns, en ils ulteriurs cas tant sco pussaivel.

Secret da
votaziun

3. PARTIDAS POLITICAS

Art. 7

Sco partidas politicas cun dretg da vegnir promovidas valan tut las associaziuns che sa participeschan ad elecziuns dal cussegl grond, da la regenza, dal cussegl naziunal u dal cussegl dals chantuns.

Promozion da
partidas

II. Elecziuns e votaziuns

1. ORGANISAZIUN D'ELECZIUNS E DA VOTAZIUNS

Art. 8

¹ Las elecziuns e las votaziuns federalas e chantunalas, las elecziuns da la dretgira districtuala sco er l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala han lieu en las vischnancas, e quai il medem di ed a l'urna.

Lieu, di e moda
da votaziun

² Las elecziuns e las votaziuns en chaussas circuitalas han lieu il medem di en las vischnancas u a la radunanza circuitala.

Art. 9

¹ La suprastanza communal, tar radunanzas circuitalas il cussegl circuital, installescha in biro electoral d'almain duas commembras respectivamain dus commembers e nominescha la presidenta respectivamain il president e l'actuara respectivamain l'actuar da quest biro electoral. La suprastanza communal, respectivamain il cussegl circuital, po er funcziunar senza sco biro electoral.

Biro electoral
1. organizaziun

² Al biro electoral sto vegnir mess a disposiziun il dumber necessari da personas cun dretg da votar sco dumbravuschs.

Art. 10

2. obligaziun d'acceptar in uffizi

¹ Mintga persuna cun dretg da votar è obligada d'acceptar e d'ademplir l'uffizi da commembra respectivamain commember, da presidenta respectivamain president u d'actuara respectivamain actuar dal biro electoral ubain l'uffizi da dumbravuschs, nun che motivs impurtants sco malsogna, vegliadetgna u assenza dal lieu l'impedeschian da far quai.

² Tgi che refusescha senza motiv impurtant d'acceptar e d'ademplir l'uffizi po vegnir chastia da la suprastanza communal respectivamain dal cussegl circuital cun ina multa da 50 a 400 francs.

Art. 11

3. incum-patibilitad

¹ Ina candidata respectivamain in candidat na dastga esser ni commembra respectivamain commember dal biro electoral ni dumbravuschs.

² Il medem vala per parentas u parents, per quinadas u quinads en lingia directa, per la conjugala u il conjugal e per fragliuns d'ina candidata respectivamain d'in candidat.

Art. 12

4. incumbensas

Il biro electoral surveglia spezialmain la votaziun, decida davart la valai-vladad da cedels da votar e da vuschs, maina la dumbraziun da las vuschs, eruescha il resultat da l'elecziun u da la votaziun e trasmetta immediatamain il resultat al post competent.

Art. 13

Publicitad

Cun garantir il secret da votaziun èsi permess d'evaluar e publitgar il cum-portament da votaziun da la populaziun.

Art. 14

EED

Il chantun utilisescha in program dad EED per endatar ed evaluar las elec-ziuns e las votaziuns. La regenza po prescriber a las vischnancas da duvrar quest program. Ils custs surpiglia il chantun.

2. ORDINAZIUN DA LAS ELECZIUNS E DA LAS VOTAZIUNS

Art. 15

Ordinaziun, comunicaziun

¹ Las elecziuns e las votaziuns vegnan ordinadas:

a) da la regenza:

per las elecziuns da la regenza e dal cussegl dals chantuns inclusiv las elecziuns complementaras, per las elecziuns da la dretgira districtuala e per las elecziuns circuitalas (elecziuns dal cussegl grond ed elec-ziuns da la presidenta circuitala respectivamain dal president circuital

e da sia suppleanta respectivamain da ses suppleant) sco er per las votaziuns en chaussas chantunalas;

- b) da la cumissiun administrativa:
per las elecziuns complementaras en il district sco er per las votaziuns en chaussas districtualas;
- c) dal cussegl cirquital:
per las ulteriuras elecziuns cirquitalas e per las elecziuns complementaras en il circul sco er per las votaziuns en chaussas cirquitalas;
- d) da l'organ cumpetent da la corporaziun:
per l'elecziun e l'elecziun complementara da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regionalas.

² L'autorità ordinanta communitescha publicamain il termin da l'elecziun u da la votaziun e relascha las directivas necessarias per la realisaziun.

Art. 16

Las elecziuns da renovaziun han lieu ils suandants termins:

- a) las elecziuns da la regenza e las elecziuns cirquitalas (elecziuns dal cussegl grond ed elecziuns da la presidenta cirquitala respectivamain dal president cirquital e da sia suppleanta respectivamain da ses suppleant) per la perioda d'uffizi che cumenza il 1. da schaner da l'onn vegnint respectivamain il 1. d'avust da l'onn current il medem mument per regla il matg u il zercladur;
- b) las elecziuns da la dretgira districtuala per regla ils mais da mars, d'avrigl, da matg u da zercladur per la perioda d'uffizi che cumenza il 1. da schaner da l'onn vegnint;
- c) las elecziuns dal cussegl dals chantuns il medem mument cun las elecziuns dal cussegl naziunal e per la medema perioda d'uffizi per regla la segund davosa dumengia d'october;
- d) l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regionalas per regla in mez onn avant che la perioda d'uffizi va a fin.

Termins
d'elecziun
1. elecziuns da
renovaziun

Art. 17

¹ Sch'i dat ina vacanza avant la fin da la perioda d'uffizi, ordinescha l'autorità cumpetenta aifer dus mais in'elecziun complementara per il rest da la perioda d'uffizi.

² In'elecziun complementara per il rest da la perioda d'uffizi n'ha betg lieu, sch'ella è necessaria pir dus mais avant l'elecziun da renovaziun u pli tard.

³ D'elecziuns complementaras en il district po vegnir desisti.

⁴ Pliras elecziuns complementaras pon vegnir fatgas sco elecziuns cumplexivas, sch'ellas èn necessarias aifer dus mais.

2. elecziuns
complementaras

Art. 18

Segund scrutini

In eventual segund scrutini sto vegnir fatg fin il pli tard trais emnas suenter l'emprim scrutini.

Art. 19

Excepciuns

Per motivs impurtants po la regenza concluder en il cas singul divergenzas dals termins d'elecziun qua survart.

3. DOCUMENTS D'ELECZIUN E DA VOTAZIUN

Art. 20

Preparaziun

Ils documents d'elecziun vegnan preparads e tramess ad ura a las vischnancas:

- a) da la chanzlia chantunala tar elecziuns e votaziuns federalas e chantunalas;
- b) da l'uffizi districtual tar elecziuns e votaziuns da la dretgira districtuala;
- c) da l'uffizi cirquital tar elecziuns e votaziuns cirquitalas;
- d) da l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president.

Art. 21

Dimensiun

Ils documents d'elecziun e da votaziun cumpiglian:

- a) ils cedels electorals e la brochura per l'elecziun federala tar elecziuns federalas (elecziuns dal cussegl naziunal), ils cedels da votar, ils projects da votaziun e las explicaziuns dal cussegl federal tar votaziuns federalas sur d'ina chaussa;
- b) ils cedels electorals tar elecziuns chantunalas, ils cedels da votar, ils projects da votaziun e las explicaziuns dal cussegl grond tar votaziuns chantunalas sur d'ina chaussa;
- c) ils cedels electorals tar las elecziuns da la dretgira districtuala e tar las elecziuns cirquitalas, ils cedels da votar, ils projects da votaziun e las explicaziuns da la cumissiun administrativa respectivamain dal cussegl cirquital tar votaziuns districtualas e cirquitalas;
- d) ils cedels electorals tar l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regiunalas.

Art. 22

Cuntegn

Las explicaziuns dal cussegl grond cuntegnan ina proposta motivada. En la motivaziun ston vegnir preschentadas adequatamain las ponderaziuns d'ina minorità considerabla dal cussegl grond. Tar iniziativas e referendums ston vegnir resguardadas las opiniuns principalas da las iniziantas respectivamain dals iniziants.

Art. 23

Ils documents da votaziun chantunals vegnan publitgads en lingua tudestga, rumantscha e taliana e vegnan tramess a las vischnancas tut tenor lur appartegnientscha linguistica. Las persunas cun dretg da votar pon decellar envers la suprastanza communal en tge lingua ch'ellas vulan retschai-ver ils documents da votaziun.

Lingua

Art. 24

¹ Las vischnancas procuran ch'ils documents da votaziun (projects da votaziun, explicaziuns, cedels da votar, certificat dal dretg da votar e documents per la votaziun per correspundenza) vegnian distribuids a mintga persuna cun dretg da votar il pli baud quatter ed il pli tard trais emnas avant il di da votaziun.

Spediziun

² Tar elecciuns ston vegnir distribuids a mintga persuna cun dretg da votar ils cedels electorals, il certificat dal dretg da votar ed ils documents per l'eleccziun per correspundenza il pli baud quatter emnas ed il pli tard diesch dis avant il di da votaziun.

4. VOTAZIUN

Art. 25

¹ Cun consegnar il certificat dal dretg da votar pon las persunas cun dretg da votar votar ubain persunalmain a l'urna ubain anticipadamain ad in post inditgà da la vischnanca ubain per correspundenza. La votaziun per correspundenza è permessa a partir dal mument ch'ins ha retschet ils documents da votaziun.

Furmas
1. en chaussas federalas, chantunals, regiunalas e districtualas

² Persunas cun dretg da votar che n'èn permanentamain betg ablas, pervi d'invaliditad u per in auter motiv, da far sezzas las accziuns necessarias per la votaziun, pon autorisar per quest intent ina persuna cun dretg da votar tenor atgna schelta.

³ La regenza po pussibilitar cumplainmain u parzialmain la votaziun sin via electronica, sche las cundiziuns necessarias per registrar tut las vuschs sco er per garantir il secret da votaziun e per impedir abus èn ademplidas.

Art. 26

¹ Uschenavant ch'il dretg circuital prevesa la votaziun a l'urna, sa drizza la votaziun tenor l'artitgel 25.

2. en chaussas circuitalas

² Cas cuntrari ha lieu la votaziun a la radunanza circuitala u en las vischnancas.

Art. 27

¹ Per la votaziun ston vegnir duvrads ils cedels da votar ed ils cedels electorals uffizials.

Cedels da votar e cedels electorals

² Ils cedels da votar ed ils cedels electorals ston vegnir emplenids respectivamain midads persunalmain ed a maun. L'artitgel 25 alinea 2 resta resalvà.

Art. 28

Votaziun a l'urna
1. uras d'avertura
da l'urna, vota-
ziun anticipada

¹ Il di da votaziun e d'elecziun ston las urnas vegnir tegnidas avertas almain ina mes'ura e ston vegnir serradas il pli tard las 12.00.

² Ultra da quai ston las vischnancas dar la pussaivladad a las persunas cun dretg da votar da pudair votar cun ina cuverta serrada a l'urna u ad in post uffizial durant las uras da biro almain durant dus dals ultims quatter dis avant il di da votaziun u d'elecziun.

Art. 29

2. surveglianza da
l'urna

¹ Tar mintga urna piazzada procuran duas commembras respectivamain dus commembers dal biro electoral u duas persunas designadas da quests per ina votaziun regulara.

² Ordaifer il temp d'avertura restan las urnas serradas cun clav e dastgan vegnir avertas e svidadas pir gist avant il cumenzament da la lavur da dumbraziun.

Art. 30

Locals da
votaziun

Il local da votaziun na dastga betg vegnir duvrà a medem temp per auters intents. Medemamain na dastgan ils access al local da votaziun betg vegnir impedids tras autras acziuns u occurrenzas. En spezial èsi scumandà da rimnar suttascripsiuns.

5. ERUIDA DAL RESULTAT DA L'ELECZIUN E DA LA VOTAZIUN

Art. 31

Dumbraziun
1. termin, meds

¹ Cun la dumbraziun da las vuschs sto vegnir cumenzà immediatamain suenter che las urnas èn vegnidas serradas. Resguardads vegnan cedels electorals e cedels da votar che sa chattan en las urnas u ch'èn arrivads fin a quest termin.

² Ils cedels electorals ed ils cedels da votar entrads avant il di da votaziun dastgan vegnir dumbbrads a partir dal venderdi. En cas excepziunals po vegnir cumenzà – cun ina permissiun da la chanzlia chantunala – gia pli baud cun la dumbraziun.

³ Il diever d'apparats mecanics ed electronics per registrar ed eruir cedels electorals e cedels da votar è permess, sche questas proceduras èn gist uschè segiras. La regenza po ordinar il diever da quests apparats.

Art. 32

I ston vegnir eruidas:

- a) il dumber da las persunas cun dretg da votar;
- b) il dumber da las persunas che han votà (dals cedels electorals u dals cedels da votar entrads);
- c) il dumber dals cedels electorals u cedels da votar vids, nunvalaivels e valaivels;
- d) tar votaziuns sur d'ina chaussa: il dumber da las vuschs affirmativas e da las vuschs negativas sco er il resultat d'ina eventuala dumonda decisiva;
- e) tar elecziuns: il dumber da las vuschs che tutgan a mintga persuna che ha candidà.

2. valurs che ston vegnir eruidas

Art. 33

Cedels electorals u cedels da votar valan sco vids, sch'els na cuntegnan nagin num respectivamain nagina risposta a la dumonda ch'è vegnida sutta-messa a la votaziun. Sch'in cedel da votar cuntegna pliras dumondas, valan las dumondas betg respundidas sco vuschs vidas.

3. cedels electorals u cedels da votar vids

Art. 34

¹ Ils cedels electorals u ils cedels da votar èn nunvalaivels, sche:

- a) els n'èn betg uffizials;
- b) els èn emplenids or auter che a maun;
- c) els cuntegnan remartgas ingiuriosas u caracterisaziuns evidentas;
- d) els èn illegibels u na mussan betg ina clera voluntad da la persuna che vota;
- e) parts essenzialas mancan;
- f) els cuntegnan "quel(s) u quella(s) fin ussa" u chaussas sumegliantas.

4. cedels electorals u cedels da votar nunvalaivels

² Tar la votaziun per corrispondenza èn ils cedels electorals u ils cedels da votar ultra da quai nunvalaivels, sche:

- a) il certificat dal dretg da votar n'è betg agiuntà u n'è betg suttascrit;
- b) la cuverta da consegna n'è betg vegnida bittada en la chascha da brevs inditgada da la vischnanca u arriva memia tard;
- c) la cuverta da consegna n'è betg serrada;
- d) la cuverta da consegna cuntegna dapli cuvertas cun cedels da votar che certificats dal dretg da votar;
- e) la cuverta da consegna u la cuverta cun cedels da votar cuntegna plirs cedels electorals u cedels da votar d'in cuntegn different per la medema elecziun u votaziun, dentant mo in certificat dal dretg da votar. Sch'els èn identics, vala in dad els;
- f) la votaziun per corrispondenza n'è betg succedida – en cas da la substituziun da persunas impedidas (invalidas u invalids) – tras la persuna da confidenza autorisada.

Art. 35

5. vuschs nun-
valaivlas tar
elecziuns

¹ Ina vusch è nunvalaivla, sch'ella:

- a) vegn dada ad ina persuna che na po betg vegnir elegida;
- b) vegn dada ad ina persuna ch'è gia menziunada sin il medem cedel electoral (cumulaziun);
- c) lascha avert dubis motivads per tgi ch'ella valia.

² Sch'in cedel electoral cuntegna dapli nums valaivels che persunas che pon vegnir elegidas, èn las vuschs da memia nunvalaivlas. Ils nums vegnan stritgads da sut ensi e da dretga a sanestra.

Art. 36

Communicaziun
dals resultats

¹ Il biro electoral communitescha immediatamain per telefon ils resultats da la vischnanca:

- a) tar elecziuns e votaziuns federalas e chantunalas a la chanzlia chantunala;
- b) tar elecziuns e votaziuns da la dretgira districtuala a l'uffizi districtual;
- c) tar elecziuns e votaziuns cirquitalas a l'uffizi cirquital;
- d) tar l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regiunalas a l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala.

² Il biro electoral fa ultra da quai in protocol per mintga scrutini cun las indicaziuns tenor l'artitgel 32 e trasmetta quels sco er ils cedels electorals u da votar immediatamain als posts cumpetents.

³ Ils uffizis cirquitals communiteschan immediat per telefon ils resultats da las elecziuns cirquitalas a la chanzlia chantunala il di d'elecziun ed il di suenter er anc per scrit.

⁴ Ils uffizis districtuals communiteschan ils resultats da las elecziuns da la dretgira districtuala en scrit a la chanzlia chantunala il di suenter quellas elecziuns. Il medem vala per las autoritads cumpetentas da las corporaziuns regiunalas tar l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns.

Art. 37

Resumaziun dals
resultats commu-
nals

¹ Tar elecziuns e votaziuns federalas sco er chantunalas eruescha la chanzlia chantunala il resultat chantunal cun summar ils resultats da las vischnancas e fa da quai in protocol.

² Tar elecziuns e votaziuns en il district è quai chausa da l'uffizi districtual, tar elecziuns e votaziuns en il circul da l'uffizi cirquital e tar l'elecziun da la presidenta u dal president da la corporaziun regiunala da l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala.

Art. 38

¹ In project da votaziun è acceptà sch'il dumber da las vuschs affirmativas è pli grond ch'il dumber da las vuschs negativas. Vuschs vidas e nunvalaivlas na vegnan betg resguardadas.

Evaluaziun dals
resultats
1. votaziuns sur
d'ina chaussa

² Sche la constituziun permetta d'acceptar dus projects da votaziun alternativs e sche domadus survegnan dapli vuschs affirmativas che vuschs negativas, decida ina dumonda decisiva.

Art. 39

¹ Elegì cun l'emprim scrutini è quella persuna che cuntanscha la maiorità assoluta. Il dumber total da tut las vuschs valaivlas per las persunas che candideschan vegn dividi tras il dubel dumber dals posts libers. La proxima cifra entira pli auta è la maiorità assoluta.

2. elecziuns
a. maiorità
necessaria

² Sch'i dat dapli persunas che han cuntanschì la maiorità assoluta che posts che ston vegnir occupads, valan quellas persunas cun ils dumbers da vuschs ils pli auts sco elegidas.

Art. 40

Sch'ina elecziun na reussescha betg tar elecziuns singulas u sche pli paucas persunas èn elegidas tar elecziuns cumplexsivas che quai che ston vegnir occupads posts, ha lieu in segund scrutini liber. Elegidas èn quellas persunas che survegnan las pli bleras vuschs (maiorità relativa).

b. segund scrutini

Art. 41

¹ Sche pliras persunas han survegni il medem dumber da vuschs, decida la sort davart l'elecziun u la successiun d'occupar in post. La sort vegn tratga:

c. decisiun
tras la sort

- a) da la regenza tar elecziuns chantunalas;
- b) da la cumissiun administrativa tar elecziuns da la dretgira districtuala;
- c) dal cussegl cirquital tar elecziuns cirquitalas;
- d) da l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala.

² Uschenavant ch'igl è pussaivel vegnan las persunas pertutgadas clamadas natiers per trair la sort. Dal rest fixescha l'istanza cumpetenta la procedura.

6. FINIZIUN DA LA PROCEDURA

Art. 42

Ils resultats totals provisoris da las votaziuns ed elecziuns chantunalas vegnan publictgads immediatamain tras la chanzlia chantunala, quels da las votaziuns ed elecziuns sin plaun districtual e cirquital tras l'uffizi districtual respectivamain tras l'uffizi cirquital e quels da l'elecziun da la presi-

Publicaziun
1. resultat
provisorii

denta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala tras l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala.

Art. 43

2. verificaziun dal scrutini

¹ Sche la differenza dal resultat total provisorii d'ina elecziun u d'ina votaziun che vegn erui importa tranter l'ultima persuna elegida e l'emprima persuna betg elegida respectivamain tranter las vuschs affirmativas e las vuschs negativas main che 0,3 pertschient da las vuschs valaivlas consegnadas, sto succeder d'uffizi ina verificaziun dal scrutini.

² Dal rest ordinescha tar eleccziuns e votaziuns chantunalas la regenza, tar eleccziuns e votaziuns sin plaun districtual e cirquital la cumissiun administrativa respectivamain il cussegl cirquital e tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala ina verificaziun dal scrutini, sch'igl existan indizis concrets per irregularitads.

³ La verificaziun dal scrutini po succeder en in lieu central, tar eleccziuns e votaziuns chantunalas tras la chanzlia chantunala, tar eleccziuns e votaziuns sin plaun districtual e cirquital tras il cussegl districtual respectivamain il cussegl cirquital e tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala tras l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala u – sin dumonda da quests posts – en las vischnancas.

Art. 44

3. resultat consolidà

¹ Sa basond sin ils protocols da las vischnancas u sin in'eventuala verificaziun dal scrutini vegnan ils resultats totals consolidads da las eleccziuns e votaziuns chantunalas publitgads da la chanzlia chantunala en il fegl uffizial dal chantun cun in rinviament al dretg da recurs.

² Tar eleccziuns e votaziuns sin plaun districtual e cirquital succeda la publicaziun tras l'uffizi districtual respectivamain cirquital, tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala tras l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala, e quai mintgamai en l'organ da publicaziun respectiv.

Art. 45

Verificaziun

Suenter la scadenza dal termin da recurs u suenter ch'il recurs è liquidà, declera la regenza il resultat da las eleccziuns dal cussegl dals chantuns e da las votaziuns chantunalas sco definitiv; il cussegl grond fa quai per las eleccziuns da la regenza.

Art. 46

Acceptaziun da l'elecziun

¹ La persuna che na refusescha betg in'elecziun aifer otg dis suenter la publicaziun uffiziala dal resultat cun ina comunicaziun en scrit a la regenza respectivamain a la cumissiun administrativa, al cussegl cirquital u a l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala, ha acceptà l'elecziun.

² Tar l'incompatibilitad da dus uffizis vala l'acceptaziun sco renunzia a l'anterior uffizi che n'è betg cumpatibel cun il nov.

³ Sche pliras personas vegnan elegidas il medem mument en in'autorità, a la quala ellas na dastgan betg appartegnair il medem mument, vala l'elecziun per quella persuna ch'è stada fin ussa en uffizi u che survegn la maiorità da las vuschs en cas d'ina nova elecziun il medem mument. En cas d'ina elecziun complementara ha la persuna ch'è gia en uffizi la precedenza envers la persuna ch'è vegnida elegida da nov.

Art. 47

Il post che vegn liber en consequenza d'ina renunzia da la persuna elegida sto vegnir occupà da nov tenor las disposiziuns che valan per las elecziuns complementaras.

Elecziun
complementara

III. Suspensiun e liberaziun da l'uffizi

Art. 48

Il cussegl grond po – cun ina maiorità da trais quarts da las commembras e dals commembers – liberar da l'uffizi ina commembra u in commember dal cussegl grond u da la regenza avant la fin da la perioda d'uffizi, sch'ella u el:

Cumpetenzza,
motivs

- a) ha violà sapientivamain u per greva negligentscha en moda greva las obligaziuns d'uffizi;
- b) ha pers per pli ditg la qualificaziun per ademplir ses uffizi u
- c) è vegni sentenzià a moda legalmain valaivla pervi d'in crim.

Art. 49

¹ Il cussegl grond iniziescha d'uffizi u sin denuncia ina procedura da liberaziun da l'uffizi, sch'el survegn enconuschientscha d'in motiv da liberaziun da l'uffizi.

Procedura
1. introducziun,
instrucziun

² L'instrucziun dal conclus d'iniziaziun, la realisaziun da l'inquisiziun e l'instrucziun da la decisiun finala èn chaussa da la cumissiun per giustia e segirezza.

Art. 50

¹ Ils fatgs ston vegnir eruids d'uffizi.

2. inquisiziun

² Las disposiziuns davart ils meds d'inquisiziun, l'obligaziun da cooperar da las personas participadas, l'attenziun giuridica e l'invista da las actas tar la procedura en fatgs administrativs en la lescha davart la procedura en fatgs administrativs e costituziunals vegnan applitgadas conform al senn.

Art. 51

3. suspensiun da l'uffizi

Sch'igl èn avant maun indizis avunda per in motiv da liberaziun da l'uffizi tenor l'artitgel 48, po il cussegl grond concluder cun la maioritad da trais quarts da las commembras e dals commembers preventivamain ina suspensiun da l'uffizi, e quai cun u senza reducziun u sistida dal salari.

Art. 52

4. decisiun

Decisiuns ston vegnir motivadas e communitgadas a las personas pertugadas en scrit sco er munidas cun ina indicaziun dals meds legals.

Art. 53

5. meds legals

Decisiuns dal cussegl grond che concernan la suspensiun da l'uffizi e la liberaziun da l'uffizi pon vegnir contestadas aifer 20 dis dapi la communicaziun tar la dretgira administrativa.

IV. Procedura d'iniziativa

1. INIZIATIVA EN CHAUSSAS CHANTUNALAS

A. Inoltraziun e reussida

a. Iniziativa dal pievel

Art. 54

Glista da
suttascripziun

¹ L'iniziativa vegn realisada cun rimnar suttascripziuns singulas sin glistas da suttascripziun.

² Mintga glista da suttascripziun sto cuntegnair las suandantas indicaziuns:

- a) il num da la vischnanca, en la quala las personas sutsegnadas da la glista han il dretg da votar;
- b) il titel ed il text da l'iniziativa;
- c) la data da la publicaziun en il fegl uffizial dal chantun;
- d) ina clausula da retratga senza resalva;
- e) ils nums e las adressas d'almain set iniziantas ed iniziants da l'iniziativa cun dretg da votar (comité d'iniziativa);
- f) il rinviament che quella persuna che sa participescha senza autorizaziun ad ina dumonda d'iniziativa u che falsifitgescha il resultat d'ina rimnada da suttascripziuns per ina iniziativa dal pievel (art. 282 CP) u che corrumpra u sa lascha corrumper tar ina rimnada da suttascripziuns (art. 281 CP) sa fetschia punibla;
- g) la furmla d'attestaziun davart il dretg da votar da las personas sutsegnadas.

³ Il titel da l'iniziativa na dastga betg manar en errur, na dastga betg esser ingiurius u memia lung, na dastga betg cuntegnair propaganda commerciala u persunala e na dastga betg chaschunar confusiuns.

Art. 55

¹ Avant che cumenzar cun la rimnada da suttascripziuns inoltrescha il comité d'iniziativa la glista da suttascripziun a la chanzlia chantunala per l'examinaziun preliminar formala. Examinaziun preliminar

² Suentar avair tadlà il comité d'iniziativa decretescha la chanzlia chantunala las midadas necessarias, sch'il titel da l'iniziativa u la furma da la glista da suttascripziun na correspunda betg a las prescripziuns legalas.

Art. 56

¹ La glista da suttascripziun rectificada sto vegnir deponida tar la chanzlia chantunala avant che cumenzar cun la rimnada da suttascripziuns. Deposit da la glista da suttascripziun, publicaziun

² La chanzlia chantunala publitescha il titel, il text ed ils nums da las iniziantas e dals iniziants da l'iniziativa en il feigl uffizial dal chantun.

Art. 57

¹ La persuna cun dretg da votar sto scriver ses num a maun e legibel en la glista da suttascripziun ed agiuntar supplementarmain sia suttascripziun cun agen maun. Suttascripziun

² Persunas cun dretg da votar che n'èn betg ablas da scriver pon laschar inscriver lur num tras ina persuna cun dretg da votar tenor atgna schelta. Quella agiunta sia atgna suttascripziun al num da la persuna che n'è betg abla da scriver e tascha davart il cuntegn da las instrucziuns retschettas.

³ La persuna cun dretg da votar sto far tut las ulteriuras indicaziuns ch'èn necessarias per constatar sia identitad, sco il prenum, la data da naschientscha e l'adressa.

⁴ Ella dastga suttascriver la medema iniziativa mo ina giada.

Art. 58

¹ Las glistas da suttascripziun ston vegnir inoltradas ad ura avant la scadenza dal termin da rimnada a la manadra u al manader dal register electoral da la vischnanca, en la quala las persunas sutsegnadas han il dretg da votar. Attestaziun dal dretg da votar

² La manadra u il manader dal register electoral attesta che las persunas sutsegnadas sin la glista da suttascripziun hajan il dretg da votar en chaussas chantunalas en la vischnanca inditgada e returna immediatamain las glistas a las spedituras ed als spediturs. Ils nums d'iniziantas u d'iniziants che n'han betg il dretg da votar en la vischnanca vegnan stritgads da la manadra u dal manader dal register electoral, avant che las glistas vegnian returnadas.

³ L'attestaziun sto inditgar en plets u en cifras il dumber da las sutscritziuns attestadas, sto esser datada, sto cuntgnair la sutscritziun cun agen maun da la manadra u dal manader dal register electoral e sto esser marcada cun il bul uffizial.

⁴ L'attestaziun dal dretg da votar vegn dada, sche la persuna sutsegnada è inscrida en il register electoral il di che la glista da sutscritziun vegn inoltrada per laschar attestar. L'attestaziun po vegnir dada per pliras glistas communablamain.

⁵ Attestaziuns che vegnan dadas avant la publicaziun da l'iniziativa en il fegl uffizial dal chantun èn nunvalaivlas.

Art. 59

Refusa da l'attestaziun dal dretg da votar

¹ L'attestaziun dal dretg da votar vegn refusada, sche las premissas menziunadas en ils artitgels 57 e 58 alineas 1 e 4 n'èn betg ademplidas.

² Sche persunas cun dretg da votar han sutscrit pliras giadas, vegn attestada mo ina sutscritziun.

³ Il motiv da la refusa sto vegnir inditgà sin la glista da sutscritziun.

Art. 60

Inoltraziun

¹ Las glistas da sutscritziun ston vegnir inoltradas tuttas ensemen a la chanzlia chantunala il pli tard in onn suenter la publicaziun dal text da l'iniziativa en il fegl uffizial dal chantun. Cun l'inoltraziun è terminada la rimnada da sutscritziuns.

² Glistas da sutscritziun inoltradas na vegnan betg returnadas ed i na po betg vegnir preni invista da las glistas da sutscritziun.

Art. 61

Reussida

¹ La chanzlia chantunala examinescha, sche las glistas da sutscritziun correspundan a la glista da sutscritziun deponida, sch'ellas èn vegnidas inoltradas ad ura e sch'ellas correspundan a las prescripziuns formalas.

² Ella eruescha il dumber total da las sutscritziuns valaivlas.

³ Nunvalaivlas èn las sutscritziuns sin glistas che na correspundan betg a las pretendiuns dals artitgels 54, 58 alineas 1 u 60 sco er sutscritziuns da persunas sutsegnadas, da las qualas il dretg da votar n'è betg vegnì attestà u è vegnì attestà nunvalaivlamain u nungiustificadamain.

⁴ La chanzlia chantunala dat in rapport a la regenza davart il resultat da l'examinaziun e fa ina proposta davart la reussida da l'iniziativa.

⁵ La regenza decida sche l'iniziativa è reussida. Il conclus sto vegnir publicgà en il fegl uffizial dal chantun.

Art. 62

¹ Mintga iniziativa po vegnir retratga dal comité d'iniziativa. La decleraziun da retratga è lianta, sch'ella vegn sutscritta da la maioritad absoluta da las commembras e dals commembers dal comité d'iniziativa cun dretg da votar.

Retratga da
l'iniziativa

² La retratga è permessa fin tar la fixaziun da la votaziun dal pievel. Tar ina iniziativa en furma d'ina proposta generala, la quala il cussegl grond approvescha, è la retratga permessa fin tar il conclus d'approvaziun.

³ La retratga sto vegnir communitgada a la chanzlia chantunala per mauns dal cussegl grond.

b. Iniziativa da vischnancas

Art. 63

¹ Iniziativas da vischnancas vegnan fatgas, uschenavant ch'il dretg da vischnanca na cuntegna nagina regulaziun divergenta, cun conclus concordants da las suprastanzas communalas. Quests conclus n'en betg sutta-mess al referendum.

Cumpetenza,
premissas
formalas

² Ils conclus ston cuntegnair las suandantas indicaziuns:

- a) il titel ed il text da l'iniziativa;
- b) ina clausula da retratga senza resalva;
- c) la designaziun da la vischnanca responsabla.

³ Il titel da l'iniziativa na dastga betg manar en errur, na dastga betg esser ingiurius u memia lung, na dastga betg cuntegnair propaganda commerciala u persunala e na dastga betg chaschunar confusiuns.

Art. 64

¹ La vischnanca responsabla inoltrescha a la chanzlia chantunala il titel da l'iniziativa per l'examinaziun preliminar formala.

Examinaziun
preliminara

² Suentar avair tadlà la vischnanca responsabla relascha la chanzlia chantunala las midadas necessarias, sch'il titel da l'iniziativa na correspunda betg a las pretensiuns legalas.

Art. 65

¹ Avant la deliberaziun tras las suprastanzas communalas depona la vischnanca responsabla il titel definitiv ed il text da l'iniziativa tar la chanzlia chantunala.

Publicaziun

² Il titel ed il text da l'iniziativa sco er il num da la vischnanca responsabla vegnan publicgads da la chanzlia chantunala en il fegl uffizial dal chantun.

³ Conclus communalas che vegnan prendids avant la publicaziun da l'iniziativa èn nunvalaivels.

Art. 66

Inoltraziun e
reussida

¹ La vischnanca responsabla sto inoltrar a la chanzlia chantunala l'iniziativa, ils conclus communals sco er ils extracts dals protocols correspondents en total ed il pli tard in onn suenter la publicaziun dal text da l'iniziativa en il fegl uffizial dal chantun.

² La chanzlia chantunala examinescha, sche l'iniziativa è vegnida inoltrada ad ura e sche las prescripziuns formalas èn ademplitas.

³ Ella rapportescha a la regenza davart il resultat da l'examinaziun e fa ina proposta davart la reussida da l'iniziativa.

⁴ La regenza concluda, sche l'iniziativa è reussida e publitgescha ses conclus en il fegl uffizial dal chantun.

Art. 67

Retratga da
l'iniziativa

¹ Mintga iniziativa da vischnancas po vegnir retratga.

² La retratga d'ina iniziativa da vischnancas vala sco concludida, sch'il conclus correspondent vegn retratg dad uschè bleras vischnancas ch'il quorum necessari da l'artitgel 12 alinea 1 respectivamain 2 da la constituziun chantunala n'è betg pli adempli.

³ L'artitgel 62 alineas 2 e 3 èn applitgabels conform al senn.

B. Tractament e votaziun

Art. 68

Tractament en il
cussegl grond

Iniziativas ch'èn reussidas suttametta la regenza al cussegl grond ensemen cun sia missiva aifer in onn dapi l'inoltraziun.

Art. 69

Iniziativas
formuladas

¹ Sch'il cussegl grond accepta ina iniziativa formulada senza cuntraproposta, vala l'iniziativa sco in agen conclus che suttastat al referendum.

² Sch'il cussegl grond accepta l'iniziativa e sch'el concluda ina cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel. En las explicaziuns vegn declerà ch'il cussegl grond prefereschia la cuntraproposta.

³ Sch'il cussegl grond refusa l'iniziativa cun u senza cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel.

Art. 70

Iniziativas d'interess
general
1. votaziun dal
pievel

¹ Sch'il cussegl grond refusa ina iniziativa d'interess general cun u senza cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel.

² Sch'il cussegl grond accepta ina iniziativa e sch'el concluda ina cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel. En las explicaziuns vegn declerà ch'il cussegl grond prefereschia la cuntraproposta.

³ Sch'il cussegl grond accepta ina iniziativa d'interess general senza cuntraproposta, n'ha betg lieu ina votaziun dal pievel.

Art. 71

¹ Sch'il pievel u il cussegl grond approvescha ina iniziativa d'interess general, suttametta la regenza aifer in onn dapi l'approvaziun in sboz elavurà al cussegl grond. 2. executiun

² Sch'il cussegl grond accepta il sboz senza cuntraproposta, vala quel sco in agen conclus che suttastat al referendum.

³ Sch'il cussegl grond accepta il sboz e sch'el concluda ina cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel. En l'explicaziun vegn declerà ch'il cussegl grond prefereschia la cuntraproposta.

⁴ Sch'il cussegl grond refusa il sboz cun u senza cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel.

Art. 72

¹ Sch'il cussegl grond confrunta ina iniziativa u in sboz elavurà en executiun d'ina proposta generala cun ina cuntraproposta, vegnan suttamessas las suandantas dumondas al pievel sin il medem cedel da votar: Procedura en cas da votaziuns du-blas

1. Vulais Vos acceptar l'iniziativa/il sboz?
2. Vulais Vos acceptar la cuntraproposta dal cussegl grond?
3. En cas che tant l'iniziativa/il sboz sco er la cuntraproposta vegnan acceptadas/acceptads:
Duai l'iniziativa/il sboz u la cuntraproposta entrar en vigur?

² La maioritad absoluta vegn eruida separadamain per mintga dumonda. Dumondas betg respundidas na vegnan betg resguardadas latiers.

³ Sche tant l'iniziativa/il sboz sco er la cuntraproposta vegnan acceptadas/acceptads, decida il resultat da la terza dumonda. En vigur entra quel project che cuntanscha dapli vuschs tar questa dumonda.

⁴ Sche l'iniziativa/il sboz e la cuntraproposta cuntanschan latiers medemamain bleras vuschs, vala quella proposta sco acceptada che:

- a) ha la pli gronda differenza da vuschs tar la dumonda principala;
- b) ha main vuschs negativas tar la dumonda principala, sche la differenza da vuschs è la medema.

⁵ Sche la differenza da vuschs è medem gronda sco il dumber da las vuschs negativas, decida la sort che sto vegnir tratga da la regenza.

2. INIZIATIVA EN CHAUSSAS CIRQUITALAS E COMUNALAS

Art. 73

Princip

Ils circuls e las vischnancas garanteschon il dretg d'iniziativa a norma da las sequentas disposiziuns. Els pon extender quest dretg, spezialmain cun reducir il dumber da suttascripziuns e cun permetter l'iniziativa en furma dal sboz elavurà.

Art. 74

Iniziativa en
chaussas
cirquitalas

Las disposiziuns per il dretg d'iniziativa en las vischnancas valan conform al senn per ils circuls. Circuls, en ils quals n'è betg cumpetenta la radunanza cirquitala per votaziuns sur d'ina chaussa, han en quel cas il medem status giuridic sco las vischnancas senza radunanza communal.

Art. 75

Iniziativa en
vischnancas cun
radunanza
comunala

¹ Ina iniziativa en furma d'ina proposta generala po

a) vegnir inoltrada d'almain in quart da las persunas cun dretg da votar sco iniziativa a la supranza communal u

b) vegnir declerada da la radunanza communal, sin proposta d'ina persuna cun dretg da votar, sco moziun relevanta.

² La supranza communal sto suttametter a la proxima radunanza communal ordinaria, il pli tard aifer in onn, ina proposta elavurada, ina expertisa ed eventualmain ina cuntraproposta davart ina fatschenta che croda en sia cumpetenza.

Art. 76

Iniziativa en
vischnancas
senza radunanza
comunala

¹ En vischnancas senza radunanza communal po l'iniziativa vegnir inoltrada tar la supranza communal d'almain 15 pertschient da las persunas cun dretg da votar.

² Sche l'iniziativa cuntegna ina proposta generala che croda en la cumpetenza dal pievel, sto la supranza communal la suttametter aifer in onn dapi l'inoltraziun ensemen cun in'expertisa ed eventualmain ina cuntraproposta a la votaziun dal pievel. Sche la predeliberaziun da l'iniziativa è l'emprim chaussa dal cussegl communal, importa il termin in onn e mez.

³ Sche la supranza communal u il cussegl communal, en cas che la predeliberaziun è sia chaussa, approvescha l'iniziativa, na vegn betg fatga la votaziun dal pievel.

⁴ Sch'il pievel u la supranza communal respectivamain il cussegl communal approvescha ina iniziativa, elavurescha la supranza communal – sa basond sin quella dumonda d'iniziativa – ina proposta. Questa proposta sto vegnir suttamessa al pievel aifer in onn u, sche la preparaziun è

chaussa d'in cussegl communal, aifer in onn e mez dapi l'approvaziun cun in'expertisa ed eventualmain cun ina cuntraproposta a la votaziun.

Art. 77

¹ Iniziativas cun in cuntegn illegal na vegnan betg suttamessas a la votaziun dal pievel. Iniziativas
illegalas

² La suprastanza communal u il cussegl communal, en cas che la predelibraziun è sia chaussa, communitgescha en in tal cas ses conclus a las inzialtas ed als iniziants en scrit cun inditgar ils motivs.

V. Procedura per il referendum facultativ en chaussas chantunalas

1. REFERENDUM DAL PIEVEL

Art. 78

Las leschas ed ils conclus dal cussegl grond ch'èn suttamess al referendum facultativ ston vegnir publitgads en il feigl uffizial dal chantun suenter la sessiun dal cussegl grond. La publicaziun rinvia al referendum facultativ sco er a la scadenza dal termin per il referendum. Publicaziun

Art. 79

¹ Il consentiment al referendum succeda tras la suttascripziun singula sin glistas da suttascripziun. Glista da
suttascripziun

² Las glistas da suttascripziun dastgan avoir per object mo ina lescha u in conclus.

³ Mintga glista da suttascripziun sto cuntegnair las suandantas indicaziuns:

- a) il num da la vischnanca, en la quala las persunas sutsegnadas da la glista han il dretg da votar;
- b) la denominaziun da la lescha u dal conclus cun la data da la deliberaziun tras il cussegl grond;
- c) la dumonda per manar tras ina votaziun dal pievel davart questa lescha u quest conclus;
- d) il rinviamet che quella persuna che sa participescha senza autorisaziun ad in referendum u che falsifitgescha il resultat d'ina rimnada da suttascripziuns per in referendum (artitgel 282 CP) u che corrumpra u sa lascha corrumper tar ina rimnada da suttascripziuns (artitgel 281 CP) sa fetschia punibla.

Art. 80

Las disposiziuns che valan per l'iniziativa dal pievel davart la suttascripziun (art. 57), las attestaziuns dal dretg da votar (art. 58) e la refusa da las attestaziuns (art. 59) valan confurm al senn er per il referendum dal pievel. Prescripziuns
cumplementaras

Art. 81

Inoltraziun,
exclusiun,
retratga

¹ Las glistas da suttascripziun ston vegnir inoltradas tuttas ensemen a la chanzlia chantunala aifer 90 dis suenter la publicaziun da la lescha u dal conclus en il feigl uffizial dal chantun. Cun l'inoltraziun è terminada la rimnada da suttascripziuns.

² Glistas da suttascripziun inoltradas na vegnan betg returnadas ed i na po betg vegnir premdi invista da las glistas da suttascripziun.

³ La retratga d'in referendum n'è betg permessa.

Art. 82

Reussida

¹ La chanzlia chantunala examinescha, sche las glistas da suttascripziun èn vegnidas inoltradas ad ura e sch'ellas correspundan a las prescripziuns formalas.

² Ella eruescha il dumber total da las suttascripziuns valaivlas.

³ Nunvalaivlas èn las suttascripziuns sin glistas che na correspundan betg a las pretendiuns da l'artitgel 58 alinea 1 en colliaziun cun ils artitgels 80 u 81, sco er suttascripziuns da persunas sutsegnadas, da las qualas il dretg da votar n'è betg vegnì attestà u è vegnì attestà nunvalaivlamain u nungiu-stifitgadain.

⁴ La chanzlia chantunala dat in rapport a la regenza davart il resultat da l'examinaziun e fa ina proposta davart la reussida dal referendum.

⁵ Davart la reussida dal referendum decida la regenza.

Art. 83

Votaziun dal
pievel

Sch'il referendum è reussì, ordinescha la regenza la votaziun dal pievel e publitgescha sia decisiun en il feigl uffizial dal chantun.

Art. 84

Nunreussida

Sch'i na vegn betg profità d'in referendum u sch'i vegn profità d'in referendum nunvalaivel per manar tras ina votaziun dal pievel, declera la regenza ch'il conclus saja entrà en vigur legala. Questa decisiun sto vegnir publitgada en il feigl uffizial dal chantun.

2. REFERENDUM DA VISCHNANCAS

Art. 85

Publicaziun

Las disposiziuns davart la publicaziun uffiziala da las leschas e dals conclus dal cussegl grond (art. 78) che valan per il referendum dal pievel vegnan er applitgadas conform al senn per il referendum da vischnancas.

Art. 86

¹ Referendums da vischnancas tenor l'artitgel 17 da la constituziun chantunala vegnan fatgs, uschenavant ch'il dretg da vischnanca na cuntegna nagina regulaziun divergenta, cun conclus concordants da las suprastanzas communalas.

Cumpetenz,
premissas
formalas

² Il conclus da la suprastanza communal sto cuntegnair la lescha u il conclus dal cussegl grond, cunter la quala u cunter il qual vegn profità dal referendum, sco er la designaziun da la vischnanca responsabla.

Art. 87

¹ Il referendum, ils conclus communalas sco er ils extracts correspundents dals protocols ston vegnir inoltrads da la vischnanca responsabla a la chanzlia chantunala aifer 90 dis suenter la publicaziun da la lescha u dal conclus dal cussegl grond en il fegl uffizial dal chantun.

Inoltraziun,
retratga

² In referendum na po betg vegnir retratg.

Art. 88

¹ Suenter la scadenza dal termin da referendum examinescha la chanzlia chantunala, sch'il referendum è vegni inoltrà ad ura e sche las prescripziuns formalas èn ademplidas.

Reussida

² Ella rapportescha a la regenza davart il resultat da l'examinaziun e fa ina proposta davart la reussida dal referendum.

³ La regenza decida, sch'il referendum è reussì.

Art. 89

Sch'il referendum è reussì, vegnan las regulaziuns davart l'ordinaziun e la realisaziun da la votaziun dal pievel (art. 83) che valan per il referendum dal pievel applitgadas conform al senn.

Votaziun dal
pievel

Art. 90

Sch'i na vegn betg profità dal referendum u sch'i vegn profità d'in referendum nunvalaivel, sa drizza l'ulteriura procedura tenor las regulaziuns che valan per il referendum dal pievel (art. 84).

Nunreussida

3. REFERENDUM POSTERIUR PER LESCHAS URGENTAS

Art. 91

La publicaziun uffiziala da las leschas urgentas, las premissas formalas dal referendum sco er l'inoltraziun, l'exclusiun da la retratga e la reussida dal referendum sa drizzan tenor las disposiziuns che valan per il referendum dal pievel respectivamain da vischnancas (art. 78 – art. 90).

Procedura

Art. 92

Votaziun dal pievel

¹ Sch'il referendum davart la lescha ch'è vegnida declerada sco urgenta è reussi, ordinescha la regenza la votaziun dal pievel. Questa decisiun sto vegnir publicgada en il fegl uffizial dal chantun.

² Sche la lescha urgenta vegn refusada dal pievel, vegn ella abolida immediatamain.

³ Ina lescha ch'è vegnida declerada sco urgenta, che na vegn betg acceptada en la votaziun dal pievel, na po betg vegnir renovada.

Art. 93

Nunreussida

Sch'i na vegn betg profità dal referendum u sch'i vegn profità d'in referendum nunvalaivel, resta la lescha ch'è vegnida declerada sco urgenta en vigur ed i succeda ina publicaziun uffiziala correspondent.

VI. Procedura da petiziun

Art. 94

Petiziun

¹ Petiziuns tenor l'artitgel 33 da la constituziun federala ston vegnir inoltradas en scrit.

² Sche l'inoltraziun n'è betg cuntraria a l'urden tenor la furma ed il cuntegn, prenda l'autorità dumandada in conclus davart la dumonda, sche ed eventualmain co ch'ella vul dar suatientscha a l'inoltraziun. Cas cuntrari prenda ella sulettamain enconuschientscha da l'inoltraziun.

³ Las personas che han inoltrà ina petiziun ston vegnir orientadas en furma cunvegna davart il tractament da l'inoltraziun.

VII. Giurisdicziun e disposiziuns penalas

Art. 95

Recurs

¹ Tar la regenza po vegnir fatg recurs:

- a) pervi da la violaziun dal dretg da votar tenor ils artitgels 3 e 5 sco er ils artitgels 58, 59 ed 80 (recurs cunter il dretg da votar);
- b) pervi dad irregularitads tar la preparaziun u l'execuziun da votaziuns chantunalas e da las eleccziuns dal cussegl dals chantuns (recurs d'eleccziun e da votaziun);
- c) cunter la decisiun da la chanzlia chantunala concernent la midada dal titel d'ina iniziativa u da la furma da la glista da sutscriptiun.

² Tar il cussegl grond po vegnir fatg recurs pervi da la violaziun dal dretg da votar e pervi dad irregularitads tar la preparaziun u l'execuziun da las eleccziuns dal cussegl grond.

³ Tar la cumissiun cumpetenta dal cussegl grond po vegnir fatg recurs pervi da la violaziun dal dretg da votar e pervi dad irregularitads tar la preparaziun u l'execuziun da las elecziuns da la regenza.

Art. 96

In recurs cunter il dretg da votar, in recurs d'elecziun e da votaziun po far mintga persuna cun dretg da votar dal circol d'elecziun u da votaziun concernent. Legitimaziun

Art. 97

Ils recurs a las instanzas tenor l'artitgel 95 ston vegnir inoltrads tar la chanzlia chantunala aifer trais dis dapi la scuverta dal motiv da recurs, il pli tard però il terz di suenter la publicaziun uffiziala dals resultats d'ina elecziun u d'ina votaziun. Termin

Art. 98

¹ L'acta da recurs sto cuntegnair ina proposta ed ina curta motivaziun. Acta da recurs
² L'acta da recurs sto vegnir suttascritta da la persuna recurrenta u da sia represchentanta u da ses represchentant.

Art. 99

Il recurs ha sulettamain in effect suspensiv, sche quest vegn ordinà da l'istanza da recurs sin proposta u d'uffizi. Effect suspensiv

Art. 100

¹ Sche l'istanza da recurs constatescha – sin recurs u d'uffizi – irregularitads, prenda ella, sche pussaivel avant la fin da la procedura d'elecziun u da votaziun, las ordinaziuns necessarias per eliminar quellas irregularitads. Decisiun
² Sch'igl èn avant maun irregularitads ch'èn stadas adattadas – pervi da lur gener u pervi da lur dimensiun – d'influenzar decisivamain il resultat, curregia l'istanza da recurs il resultat u annullescha l'elecziun u la votaziun.
² L'istanza da recurs refusa recurs senza in'examinaziun pli detagliada, sche las irregularitads crititgadas n'èn betg stadas en cas – ni pervi da lur gener, ni pervi da lur dimensiun – d'influenzar decisivamain il resultat da l'elecziun u da la votaziun.

Art. 101

¹ Tar proceduras davart recurs cunter il dretg da votar e recurs d'elecziun e da votaziun na vegnan ni incassads custs da procedura ni concedidas indemnisaziuns a las parts litigiantas. Excepids da la liberaziun dals custs èn recurs fatgs aposta u recurs targlinants. Ulteriuras prescripziuns da procedura

² Dal rest è applicablas las prescripziuns da la lescha davart la procedura en fatgs administrativs e costituziunals, uschenavant che quai è cumpatibel cun la natira speziala da la procedura d'elecziun e da votaziun.

Art. 102

Recurs tar la dretgira administrativa

¹ Cunter decisiuns da la regenza, dal cussegl grond e da la cumissiun dal cussegl grond cumpetenta sco er da las autoritads da las corporaziuns regiunalas, dals districts, dals circuls e da las vischnancas po vegnir recurri tar la dretgira administrativa pervi da violaziun da dretgs politics.

² La procedura sa drizza tenor la lescha davart la giurisdicziun administrativa en il chantun Grischun.

Art. 103

Disposiziuns penalas

¹ Commembras u commembers d'autoritads u dals biros electorals sco er persunas auxiliaras engaschadas, che violeschan intenziunadamain u per greva negligentscha obligaziuns ch'en lur incumbensa tenor questa lescha u tenor las disposiziuns executivas, vegnan chastiads cun multa.

² La persecuziun ed il giudicament da la cuntravenziun sa drizzan tenor la procedura penala.

VIII. Disposiziuns finalas

Art. 104

Execuziun
1. regenza

La regenza relascha las disposiziuns executivas necessarias, spezialmain concernent il manar il register electoral, l'ordinaziun e la realisaziun (votaziun, dumbraziun da las vuschs, annunzia dals resultats) da las elecziuns e da las votaziuns sco er concernent il dretg d'iniziativa e da referendum.

Art. 105

2. circuls

¹ Ils circuls reglan la procedura per elecziuns e votaziuns en chaussas cirquitalas, uschenavant che questa lescha e la regenza na disponan nagut.

² Circuls che cumpiglian mo ina vischnanca pon disponer che las cumpetenzas, che cumpetan tenor questa lescha en la procedura da la votaziun a l'urna a las autoritads communalas, vegnian exequidas en chaussas cirquitalas dal tut u parzialmain da las autoritads cirquitalas.

Art. 106

3. vischnancas

Las vischnancas relaschan las disposiziuns complementaras necessarias per lur territori davart la procedura per elecziuns e votaziuns en chaussas chantunalas ed en chaussas cirquitalas.

Art. 107

Las corporaziuns regiunalas relaschan las disposiziuns complementaras necessarias per lur territori davart la procedura per l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun.

4. corporaziuns
regiunalas

Art. 108

Cun l'entrada en vigur da questa lescha vegn abolida la lescha davart il diever dals dretgs politics en il chantun Grischun dals 7 d'october 1962.

Aboliziun dal
dretg vertent

Art. 109

Questa lescha vala er per proceduras pendentas. Sche l'autorità u il post da l'administraziun s'occupa già d'in cas, resta sia cumpetenzia.

Disposiziuns
transitorias

Art. 110

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

Referendum ed
entrada en vigur

² Ella vegn messa en vigur da la regenza suenter l'acceptaziun tras la confederaziun.

En num dal cussegl grond
Il president: *Hans Geisseler*
Il chancelier: *Claudio Riesen*

Data da la publicaziun: 23 da zercladur 2005

Scadenza dal termin da referendum: 21 da settember 2005